



Pensionskasse
für die
Deutsche Wirtschaft

vormals Pensionskasse der chemischen
Industrie Deutschlands



82. GESCHÄFTSBERICHT 2011

Kennziffern	2011	2010	2009
Bestandsentwicklung (Anzahl)			
– Aktive	65.671	62.060	56.739
– Rentner	14.857	14.602	14.290
– Gesamtbestand	80.528	76.662	71.029
Beitragseinnahmen gesamt (TEuro)	62.694	57.456	52.289
Rentenzahlungen (TEuro)	50.918	50.768	50.443
Kapitalanlagen (TEuro)	1.353.514	1.298.736	1.238.205
Kapitalerträge (TEuro)	63.316	70.914	61.036
Rendite			
– Nettoverzinsung	3,82 %	4,71 %	4,14 %
– laufende Verzinsung nach BaFin	4,40 %	5,00 %	4,77 %
– Verbandsformel nach GDV	3,79 %	4,36 %	4,16 %
Bilanzsumme (TEuro)	1.383.700	1.328.708	1.268.296
Rentenhöhe und Deckungskapital eines 65-jährigen Mitglieds nach 10 Jahren Mitgliedschaft mit 100 Euro Monatsbeitrag*			
– Monatsrente	73,32 €	74,43 €	74,64 €
– Deckungskapital	14.852,88 €	14.849,38 €	14.685,93 €

* Ist-Zahlen; 60 % Hinterbliebenenversorgung während der Ansparphase und Rentenlaufzeit; kein Berufsunfähigkeitsschutz



Pensionskasse
für die
Deutsche Wirtschaft

vormals Pensionskasse der chemischen
Industrie Deutschlands

Unternehmensziele

Wirtschaftliches Ziel der Pensionskasse ist es, unseren Mitgliedern und ihren Arbeitgebern eine effiziente, am Versorgungsziel orientierte und ressourcenschonend durchgeführte Betriebliche Altersversorgung anzubieten.

- Wir erbringen qualifizierte Beratungsleistungen und erreichen versprochene finanzielle Ziele. Wir orientieren uns an betrieblichen Abläufen und agieren zum Nutzen unserer Mitgliedsunternehmen.
- Wir wachsen gezielt im Hinblick auf Beiträge und Mitglieder, um Kosteneinsparungen zu realisieren und unsere qualitativen Leistungen zu verbessern.

- Unsere Mitarbeiter haben klare Ziele
 - Die Erfüllung der Mitglieder- und Unternehmensinteressen im Betreuungsbereich.
 - Die Erzielung hoher risikokontrollierter Erträge in der Vermögensverwaltung.
 - Effizienz als mittelbarer Dienstleister in den internen Abteilungen im Interesse unserer Mitglieder und ihrer Arbeitgeber.
- Wir konzentrieren uns auf das Geschäftsfeld Betriebliche Altersversorgung. Neben der finanziellen Durchführung erbringen wir Beratungsleistungen. Wir gehören den Mitarbeitern der Trägerunternehmen, für die wir tätig sind und verfolgen keine eigenständigen Gewinnerzielungsabsichten.
- Unser Geschäftsmodell ist auf die Erwirtschaftung einer jährlichen Mindestverzinsung ausgerichtet. Dabei unterliegen wir den gesetzlichen Vorschriften für Versicherungsunternehmen und der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Hinweis:

Die Pensionskasse unterliegt zurzeit den gesetzlichen Vorschriften für Versicherungsunternehmen. Nach der 10. VAG-Novelle ist ab 2012 mit einer eigenständigen Regulierung von Einrichtungen der Betrieblichen Altersversorgung zu rechnen. Ausführliche Informationen hierzu finden Sie auf Seite 7 ff.

Inhaltsverzeichnis

Seite

-
- Gremien 4
 - Bericht des Vorstandes 5
 - Bericht des Aufsichtsrates 6
-

Umfeld

- Betriebliche Altersversorgung 7
 - Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 11
 - Kapitalmarkt 12
-

Lagebericht

- Jahresüberschuss und Kapitalanlagen 13
 - Mitglieder, Leistungen und Beiträge 16
 - Organe und Verwaltung/Wirtschaftliche Lage 20
 - Chancen- und Risikobericht 22
-

Jahresabschluss 2011

- Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung 30
 - Anhang 33
-

- Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers 44

Aufsichtsrat und Vorstand

Aufsichtsrat

Hans-Jürgen Fleckhaus
(Vorsitzender), ehem. Vorstand
der Deutsche BP AG,
Dörscheid

Gerhard Geuder,
Mitglied des Vorstands der
TRIUMPH INTERNATIONAL AG,
München

Dr. Harald Schloßmacher
(ab 17.06.2011), Group Vice President
der Süd-Chemie AG,
München

Michael Schmidt (stellvertretender
Vorsitzender), Mitglied des
Vorstandes der BP Europa SE,
Bochum

Wolfgang Goos (ab 17.06.2011),
Hauptgeschäftsführer des
Bundesarbeitgeberverbandes
Chemie e.V., Wiesbaden

Axel Scholz,
Leiter Personal National & International
der HARIBO GmbH & Co. KG,
Bonn

Dr. Heinrich Dageförde,
Johns Manville Europe GmbH
HR & C Germany,
Bobingen

Detlef Grade (bis 17.06.2011),
ehem. Leitung Personalwesen
Peek & Cloppenburg KG Hamburg,
Tangstedt

Dr. Heinz-Gerd Suelmann
(ab 17.06.2011), Executive
Vice President der Grünenthal Pharma
GmbH & Co. KG, Aachen

Hans Paul Frey (bis 17.06.2011),
ehem. Hauptgeschäftsführer des
Bundesarbeitgeberverbandes
Chemie e.V., Wiesbaden

Uta Kemmerich-Keil,
Head of Corporate Finance,
Merck KGaA,
Darmstadt

Klaas Uphoff (bis 17.06.2011),
ehem. Senior Vice President Global HR,
Grünenthal GmbH,
Aachen

Vorstand

Bernd Walgenbach (Vorsitzender),
Düsseldorf

Andreas Fritz,
Oberhausen

Wir trauern um Herrn
Dr. Nikolaus Maus

*16. März 1910 † 10. April 2012

Herr Dr. Maus war vom 14.6.1960 bis zum 19.6.1969 Vorstandsvorsitzender der Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft. Am 15.6.1971 wurde er von der Mitgliederversammlung wegen seines außerordentlichen Engagements zum Ehrenmitglied ernannt.

Seine Tätigkeit war getragen von hohem Einsatz und einer großen sozialpolitischen Verantwortung.

In dankbarer Erinnerung
Aufsichtsrat und Vorstand

Pensionskasse
für die Deutsche Wirtschaft VVaG
Duisburg

Bericht des Vorstandes

Liebe Mitglieder,
sehr verehrte Damen und Herren,

das abgelaufene Geschäftsjahr 2011 hat uns – entgegen unseren Erwartungen – nochmals mit einem heftigen Ausbruch der Finanzmarktkrise konfrontiert. Bemerkenswert war die kurze Dauer der Krise, die im Sommer begann und deren Ende und Höchststand im Dezember des vergangenen Jahres lag. Im Zentrum der Krise stand die Bonität europäischer Peripherieländer und die von dieser ausgehende Gefährdung der europäischen Banken.

Die deutsche Wirtschaft war von der Finanzmarktkrise nahezu unberührt. Die heimische Wirtschaft konnte im abgelaufenen Jahr unverändert von den Ergebnissen der Restrukturierungsprozesse Anfang des Jahrtausends profitieren. Auch der krisenbedingt schwache Wechselkurs des Euro und eine anhaltende Kapitalflucht aus anderen Ländern nach Deutschland haben zur positiven Entwicklung beigetragen. Bei den hohen Lasten und Risiken, die Deutschland im Rahmen der Sanierung der Staatshaushalte anderer europäischer Länder trägt, darf nicht übersehen werden, dass die gute Situation in Deutschland durch ein positives makroökonomisches Umfeld beeinflusst wird. Es ist fraglich, ob die deutsche Wirtschaft ähnlich gute Zahlen produziert hätte, wenn sie etwa der Währungssituation ihrer Schweizer Wettbewerber oder Finanzierungsengpässen aufgrund des notleidenden Bankensystems in Deutschland ausgesetzt gewesen wäre.

In der Betrieblichen Altersversorgung in Deutschland verlief das abgelaufene Jahr uneinheitlich. Während in den wirtschaftsstarken Branchen die Volumina für Entgeltumwandlungen nach unseren Beobachtungen aufgrund des Wegfalls von Vermögenswirksamen Leistungen gesteigert werden konnten, haben sich die früher großzügigen Defined Benefit-Modelle der deutschen Großunternehmen nicht in

Richtung der alten Niveaus bewegt. Stattdessen war zu beobachten, dass der deutsche Sonderweg Direktzusage durch eine anhaltende Diskussion über die Risikoadäquanz des Pensionsversicherungsvereins und zunehmende Endsolidarisierung geprägt wird. Beide Entwicklungen betreffen mittelbar auch die Pensionskassen. In Fortsetzung des deutschen Sonderwegs fordern Befürworter der Direktzusage, dass bei Hinterlegung finanzieller Mittel in Pensionsfonds und Treuhandgesellschaften es zu einer weiteren Reduzierung von Solidarbeiträgen kommt. Für die neu geschaffenen Vehikel fordern sie eine unverständliche Regulierungsfreiheit dieses Durchführungsweges. Dies beeinträchtigt eine sachorientierte Diskussion in Deutschland hinsichtlich der Regulierung von Einrichtungen der Betrieblichen Altersversorgung. Noch unmittelbarer sind wir von der Diskussion über die Risikoadäquanz der Beiträge betroffen. Hier wird zum Teil eine sachlich nicht gerechtfertigte Übernahme von Lasten durch den Durchführungsweg Pensionskasse gefordert.

Unsere Pensionskasse blieb von den Negativaspekten des abgelaufenen Jahres weitgehend unberührt und hat von den positiven Entwicklungen der deutschen Wirtschaft profitiert. Mit einem Wachstum von 4.580 neuen Mitgliedern und einem Beitragsanstieg von fast 10 % haben wir deutlich an Momentum gewonnen. Die Finanzmarktkrise des vergangenen Jahres hat zwar die Bewertungen zum 31.12.2011 stark beeinflusst und damit unsere stichtagsbezogene Rendite reduziert. Bereits Mitte März diesen Jahres haben sich die Kurse unserer Wertpapiere weitgehend erholt, so dass wir diese Krise nahezu unberührt überstanden haben. Trotz der Tatsache, dass das Kerninvestment einer Pensionskasse, die festverzinslichen Wertpapiere, betroffen waren und lediglich ein kleiner Teil als besonders sicher angesehener Wertpapiere stei-

gende Nachfrage und sinkende Renditen verzeichnete, haben sich die deutschen Pensionskassen als überwiegend sehr stabil erwiesen.

Mittelfristige Krisenfolge ist jedoch eine ausgeprägte Niedrigzinsphase. Die Europäische Zentralbank hat zur Stabilisierung des Bankensektors und angeschlagener Staaten mit mehrjährigen Tendern gewaltige Liquidität in die Märkte geschoben. Diese Liquidität wird mittelfristig das Zinsniveau niedrig halten und die Neuanlage der Pensionskassen in ihrer wichtigsten Assetklasse beeinträchtigen.

Hinsichtlich unserer Pensionskasse sind wir aufgrund der in den vergangenen Jahren eingeführten Steuerungsmechanismen überzeugt, eine reine Niedrigzinsphase über viele Jahre gut durchstehen zu können. So ist in diesem Jahr unsere Durchschnittsverzinsung wie im Vorjahr auf der Aktivseite zwar gefallen. Gleichzeitig hat sich jedoch auch unsere passivseitige Durchschnittsverzinsung erneut reduziert. Unsere Nettorisikoposition hat sich daher kaum verändert – auch da wir den Anteil der Zinsträger im Portfolio erhöht haben. Unsere Mitglieder werden allerdings das verdeckte Subventionieren der europäischen Bankensysteme und Staaten durch die Niedrigzinspolitik der europäischen Zentralbank mit niedrigen Überschussbeteiligungen mit bezahlen müssen.

Auch in den kommenden Jahren werden wir dabei aber eine – im Vergleich zu anderen Vermögensanlageformen – überdurchschnittlich gute Verzinsung der uns anvertrauten Mittel generieren können.

Wir danken an dieser Stelle den Mitarbeitern der Pensionskasse für die engagierte Zusammenarbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Duisburg, 26. März 2012

Der Vorstand

Bernd Walgenbach
Andreas Fritz

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat sich während des abgelaufenen Geschäftsjahres in vier ordentlichen Sitzungen über die Lage und Geschäftsentwicklung der Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft informiert. Außerhalb dieser Sitzungen hat er wie in den Vorjahren im Umlaufverfahren Informationen erhalten und Vorlagen des Vorstands zugestimmt. Der Aufsichtsrat wurde durch den Vorstand ausführlich unterrichtet und hat auf Basis schriftlicher und mündlicher Informationen die Geschäftsführung überwacht und beraten. Dabei wurden insbesondere die Kapitalanlagen in den Krisenstaaten beobachtet. Der Aufsichtsratsvorsitzende hat sich darüber hinaus in weiteren persönlichen Gesprächen mit dem Vorstand über die laufenden Geschäfte der Pensionskasse informiert.

Mit Beendigung der Mitgliederversammlung am 17.06.2011 schieden die Herren Hans Paul Frey, Detlef Grade und Klaas Uphoff aus dem Aufsichtsrat aus. Als Nachfolger wurden von der Mitgliederversammlung die Herren Wolfgang Goos, Dr. Harald Schloßmacher und Dr. Heinz-Gerd Suelmann gewählt.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2011 und der Lagebericht sind durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Köln geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Bericht des Abschlussprüfers über die Prüfung des Jahresabschlusses steht allen Mitgliedern des Aufsichtsrates zur Verfügung. Der Wirtschaftsprüfer hat dem Aufsichtsrat in der Sitzung vom 19.04.2012 ausführlich persön-

lich über seine Prüfung berichtet. Der Aufsichtsrat schließt sich dem Ergebnis der Prüfung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft an.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Mitgliederversammlung, den Jahresabschluss in der vorliegenden Form festzustellen und dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Wir danken an dieser Stelle den Herren Hans Paul Frey, Detlef Grade und Klaas Uphoff für die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.

Duisburg, 19. April 2012

Der Aufsichtsrat

Hans-Jürgen Fleckhaus

Betriebliche Altersversorgung

In der Betrieblichen Altersversorgung stand im abgelaufenen Geschäftsjahr auf der politischen Ebene das Thema Solvency II im Mittelpunkt der Diskussionen. Das zweite europäische Thema des vergangenen Jahres waren die Unisex-Tarife. In Deutschland standen die Absenkung des Rechnungszinses und die Beitragspflicht von Versorgungszusagen im Vordergrund.

Solvency II

Mit der 10. VAG-Novelle wird 2012 für Lebensversicherungsunternehmen und andere klassische Versicherer ein neues Aufsichtsrecht eingeführt.

Unter dem Stichwort Solvency II wird in Europa seit 2004 an einer Harmonisierung der Aufsichtsregeln für Versicherungsunternehmen gearbeitet. Im Kern ähnelt das Solvency II-Projekt dem im Bankenbereich bereits eingeführten Basel II-Konzept. Es zeichnet sich durch drei Säulen aus:

- 1. Säule: quantitative Anforderungen (z.B. zur Eigenkapitalausstattung),
- 2. Säule: qualitative Anforderungen (z.B. Risikomanagement und andere Kontrollsysteme),
- 3. Säule: Transparenz- und Marktdisziplinvorschriften.

Während die zweite Säule in Deutschland auch für Einrichtungen der Betrieblichen Altersversorgung mit der 8. VAG-Novelle bereits 2008 eingeführt wurde, formiert sich in Deutschland mittlerweile ein breiter Widerstand gegen die Einbeziehungen von

Einrichtungen der Betrieblichen Altersversorgung in die erste und dritte Säule.

Versicherungswirtschaft und EU-Kommission befürworten dies mit dem Argument, hier müsse auf europäischer Ebene ein „Level Playing Field“ geschaffen werden.

Demgegenüber hat sich eine Phalanx aus Einrichtungen der Betrieblichen Altersversorgung, Finanzaufsicht, Politik und Tarifvertragsparteien gebildet. Diese betont:

- Betriebliche Altersversorgung ist eine freiwillige Sozialleistung oftmals im Rahmen einer Gesamtvergütung geknüpft an das Arbeitsverhältnis und damit kein reines Finanzprodukt,
- Betriebliche Altersversorgung wird regelmäßig kollektiv organisiert (Betriebsparteien oder sogar Wirtschaftsbranchen),
- Einrichtungen der Betrieblichen Altersversorgung sind i.d.R. als Sozialeinrichtungen organisiert, die auf die Sicherung der Versorgungsleistungen und nicht auf eine Gewinnmaximierung ausgerichtet sind,
- mit der zusätzlichen Haftung des Arbeitgebers ist bei Einrichtungen der Betrieblichen Altersversorgung eine subsidiäre Sicherung vorhanden und
- mit deutlich höherer Duration im Bereich der Betrieblichen Altersversorgung bestehen andere Risiko-/Chancen-Überlegungen als bei kommerziellen Versicherungen.

Da Rentenzusagen mit langfristigen Garantien von Solvency II in besonderem Maße belastet werden, rückt zwischenzeitlich auch die Europäische Kommission von einer 1:1-Übertragung von Solvency II auf Einrichtungen der Betrieblichen Altersversorgung ab. Diese sind in der nunmehr anstehenden 10. VAG-Novelle auch in Deutschland daher zunächst nicht einbezogen. Nach aktuellen Analysen der Fachvereinigung Pensionskassen der Arbeitsgemeinschaft Betriebliche Altersversorgung würden für eine deutsche Musterpensionskasse bei vollständiger Umsetzung von Solvency II die bisher vorgehaltenen Eigenmittel um das Acht- bis Zehnfache erhöht werden müssen.

Offen ist derzeit noch, inwieweit eine Harmonisierung europäischer Regelungen zu Solvency II-ähnlichen Vorschriften führen kann. Die PKDW hat, wie andere deutsche Versorgungswerke auch, bereits vor einigen Jahren Maßnahmen ergriffen, die zu ähnlichen Sicherungsniveaus führen, wie es das Solvency II-System vorsieht. So wurde die Eigenmittelsituation deutlich verbessert, indem die Überschussverteilung von Gewinnanteilen auf Schlussüberschussanteilsfonds umgestellt wurde. Das Risikomanagement wurde durch Einführung eines ganzheitlichen Risikomanagementsystems gestärkt und es wurden Maßnahmen zur Steuerung des Durationsrisikos eingeführt.

Unsachgemäße Veröffentlichungen in der allgemeinen Tagespresse zu Solvency II führten zu Verunsicherungen

Betriebliche Altersversorgung

bei unseren Mitgliedern sowie bei Ansprechpartnern in den Mitgliedsunternehmen. Die Klärung der Sachlage wurde durch die entsprechende Pressemitteilung des Verbandes der Firmenpensionskassen sowie durch eigene Stellungnahmen herbeigeführt.

Unisex-Tarife

Mit seinem Urteil vom 01.03.2011 entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass ab dem 21.12.2012 nur noch geschlechtsneutrale Tarife angeboten werden dürfen. Ob und inwieweit diese sogenannten Unisex-Tarife ausschließlich bei privaten Versicherungen zwingend vorgeschrieben sind, ist derzeit nicht abschließend geklärt. Die Leitlinien der EU-Kommission vom 22.12.2011 gestatten nach Geschlechtern differenzierte Kalkulationen für die Betriebliche Altersversorgung. Da die Leitlinien jedoch schwächer als eine etwaige Rechtsprechung einzustufen sind, bleibt bei Nichtumsetzung von Unisex-Tarifen die Gefahr durch Ungleichbehandlung. So geht die Mehrheit der Abhandlungen von einer zwingenden Umsetzung der Unisex-Tarife für Neuzusagen ab dem 21.12.2012 auch in der Betrieblichen Altersversorgung aus.

Diese Einschätzungen basieren auf Europarecht (Gender-Richtlinie 2004/113/EG und Lohnleichheits-Richtlinie 2006/54/EG vom 05.07.2006) sowie auf deutschem Arbeitsrecht, hier insbesondere auf dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Nach der im AGG vorgenommenen Differenzierung zwischen Gender-Richtlinien

und Lohnleichheits-Richtlinien ist die Betriebliche Altersversorgung jedenfalls in allen fünf Durchführungswegen betroffen. Von daher kann von einer Notwendigkeit von Unisex-Tarifen unabhängig vom Durchführungsweg für Neuzusagen ab dem 21.12.2012 ausgegangen werden.

Offen ist die Frage, inwieweit auch für Zusagen vor dem 21.12.2012 Unisex-Tarife arbeitsrechtlich verpflichtend sind. Hier besagt die Mehrheit der in der Fachliteratur zu findenden Abhandlungen, dass eine rückwirkende Gleichbehandlung nicht zwingend geboten sei. Eine Umfrage des Verbandes der Firmenpensionskassen von 2011 ergab, dass alle befragten Pensionskassen spätestens zum 21.12.2012 ausschließlich Unisex-Tarife anbieten werden. Die PKDW setzte die Forderung des EuGHs bereits zum 01.01.2012 um; vorherige Tarifgenerationen kamen der Erfüllung dieser Forderungen bereits sehr nahe.

Absenkung des Rechnungszinses

Die Höhe des Tarif- bzw. Garantiezinses bei Pensionskassen richtet sich gesetzlich nach der durchschnittlichen Umlaufrendite öffentlicher Anleihen der vergangenen zehn Jahre mit einem Sicherheitsabschlag von 40%. Demnach verkündete das Bundesfinanzministerium den ab dem 01.01.2012 für Neuversicherungen gültigen Höchstrechnungszins in Höhe von 1,75%. Dieser Wert stellt damit den niedrigsten bisher verwendeten Höchstrechnungszins dar. Für Neuversicherungen vom 01.01.2007 bis zum 31.12.2011 galt noch ein

Zinssatz in Höhe von 2,25%. Insbesondere die Lebensversicherungswirtschaft wehrte sich gegen die Umsetzung durch das Bundesfinanzministerium vor der deutlichen Herabsetzung. Lebensversicherungsverträge, die zu Beginn mit Abschlusskosten und Provisionen belastet werden, laufen Gefahr, dass am Ende der Laufzeit weniger als die Summe der eingezahlten Beiträge als Leistungen zur Verfügung steht. Damit läge ein Verstoß gegen den Wertgleichheitsgrundsatz nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 BetrAVG vor. Betroffene wären die Arbeitgeber, die auf Basis derartiger Lebensversicherungsverträge die Betriebliche Altersversorgung ihrer Mitarbeiter aufbauen. Hingegen haben regulierte Pensionskassen die Möglichkeit, auf Basis von genehmigten Tarifen höhere Rechnungszinsen für Neuversicherungen auch nach dem 01.01.2012 aufrechtzuerhalten. Hier ergibt sich allerdings die Gefahr, die Ausnahmenvorschrift des § 16 Abs. 3 Nr. 2 BetrAVG zu verletzen. Resultat wäre eine Anpassungsprüfungsverpflichtung seitens des Arbeitgebers.

Neue Tarife werden derzeit auch bei regulierten Pensionskassen lediglich mit einem Höchstrechnungszins von 1,75% genehmigt. Die PKDW verwendet für Neuversicherungen seit dem 01.01.2012 einen Höchstrechnungszins von 1,75%. Ein einheitlicher Rechnungszins gewährt Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen objektiven Vergleich der tarifgemäßen Leistungen in Bezug auf die Effizienz von Versorgungseinrichtungen der Betrieblichen Altersversorgung.

Betriebliche Altersversorgung

Die Deutsche Aktuarvereinigung hat sich in ihrer jährlichen Empfehlung an das Bundesfinanzministerium für das Beibehalten des Rechnungszinses in Höhe von 1,75 % auch im Jahr 2013 ausgesprochen.

Beitragspflicht von Versorgungszusagen

In den Jahren 2010 und 2011 ergingen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und des Bundessozialgerichts bezüglich der Beitragspflicht in der Kranken- und Pflegeversicherung von privat fortgeführten Direktversicherungen nach Ausscheiden des Arbeitnehmers aus dem zugrundeliegenden Arbeitsverhältnis.

Bis zum 31.12.2003 waren in Deutschland lediglich laufende Renten beitragspflichtig. Mit dem Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung wurden auch Kapitalleistungen der Betrieblichen Altersversorgung unabhängig vom Durchführungsweg beitragspflichtig. Zusätzlich erfolgte eine Anhebung vom halben auf den vollen Beitragsatz für Versorgungsbezüge. In den Folgejahren stellte das Bundessozialgericht in mehreren Urteilen bei der Beitragspflicht darauf ab, ob die Rente bzw. die Kapitalleistung von einer Einrichtung der Betrieblichen Altersversorgung ausgezahlt werde (sog. institutionelle Abgrenzung).

Am 28.09.2010 stellte das Bundesverfassungsgericht klar, dass eine Beitragsfreiheit vorliegt, wenn der Rahmen des Betriebsrentengesetzes verlassen werde. Dies läge regelmäßig vor, wenn i.) das Arbeitsverhältnis

beendet wurde, ii.) die Versicherungsnehmereigenschaft übertragen wurde und iii.) die Fortführung durch den ehemaligen Arbeitnehmer erfolgt.

Das Bundessozialgericht entschied am 30.03.2011, dass im Falle einer Direktversicherung solche Leistungen der Beitragspflicht unterliegen, die auf Beitragszahlungen für Zeiträume beruhen, in denen der Arbeitgeber Versicherungsnehmer war. Die bisherige Rechtsprechung lässt insbesondere offen, ob dies auch auf Pensionskassenzusagen zu übertragen ist, und ob auch Beiträge des Arbeitnehmers vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses unter die Beitragspflicht fallen, die der Arbeitnehmer im Rahmen der Betrieblichen Altersversorgung zusätzlich eingebracht hat. Hier bleibt zu hoffen, dass es in Kürze zu einer klaren und nachvollziehbaren Rechtsprechung kommt. Bis dahin haben die Pensionskassen lediglich die Möglichkeit, sich an der Entscheidung der jeweiligen Krankenkassen, die über die Beitragszahlungspflicht entscheiden, zu orientieren. Der GKV-Spitzenverband beschreibt in seinem Rundschreiben RS 2010/581, dass die Gerichtsentcheidung nicht auf weitere Durchführungswege der Betrieblichen Altersversorgung wie zum Beispiel auf Pensionskassen zu übertragen sei.

Ausblick

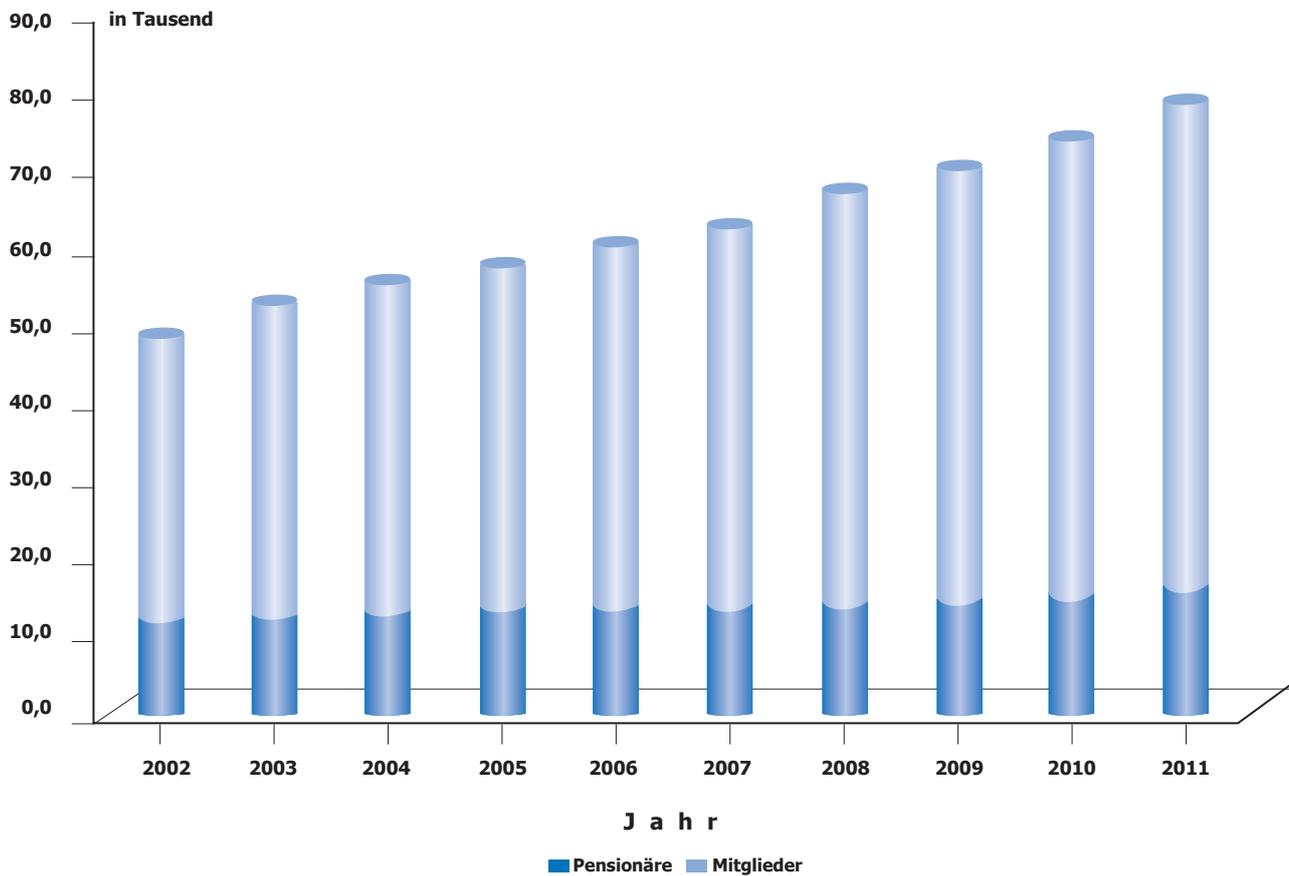
Die Betriebliche Altersversorgung wurde im Jahr 2011 geprägt durch regulatorische Vorgaben und deren Umsetzung (Unisex-Tarife, Solvency II, etc.) sowie durch Arbeitsrechtsprechung (Anpassungsprü-

fungsverpflichtung, Arbeitgebereinstandspflicht, etc.).

Weitere Veränderungen in 2012 stehen durch die geplante Zuschussrente an. Nach unserer Einschätzung wäre eine Erhöhung der Teilnahme an der Entgeltumwandlung sowohl auf betrieblicher Ebene durch Verbesserung der unternehmensinternen Kommunikation als auch auf regulatorischer Ebene durch Zurückschneiden von Sonderwegen weniger kostenintensiv und erfolgversprechender. Auch in Punkto Generationengerechtigkeit drohen in Deutschland unnötige Belastungen durch allzu interessengelagerte Lobbyarbeit. Hier wäre eine Stärkung altbewährter Durchführungswege und eine Beseitigung der Hemmnisse zu einer Weiterentwicklung traditioneller Vorgehensweisen zur Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels unseres Erachtens zielführender als der zurzeit in Berlin zu beobachtende Lobbyismus.

Betriebliche Altersversorgung

Entwicklung der Personenzahl der Pensionäre und Mitglieder seit 2002



Jahr	Mitglieder		Pensionäre		Gesamt Anzahl
	Anzahl	%-Anteil	Anzahl	%-Anteil	
2002	38.430	76,05	12.104	23,95	50.534
2003	42.696	77,50	12.399	22,50	55.095
2004	45.092	77,84	12.835	22,16	57.927
2005	46.174	77,81	13.166	22,19	59.340
2006	49.561	78,73	13.393	21,27	62.954
2007	51.970	79,19	13.660	20,81	65.630
2008	54.317	79,59	13.932	20,41	68.249
2009	56.739	79,88	14.290	20,12	71.029
2010	62.060	80,95	14.602	19,05	76.662
2011	65.671	81,55	14.857	18,45	80.528

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nach einem konjunkturell sehr starken ersten Quartal verlor die Weltwirtschaft im weiteren Jahresverlauf 2011 deutlich an Schwung. Mit einem Wirtschaftswachstum von 4,2% (Vj. 5,0%) konnte die Vorjahresdynamik nicht gehalten werden. Die wesentlichen Impulse gingen wie im Vorjahr von den Emerging Markets aus. So wuchs etwa die chinesische Wirtschaft in 2011 um 9,2% (Vj. 10,4%). China ist – gemessen am BIP – heute bereits die zweitgrößte Wirtschaftsnation der Erde.

Die Wirtschaftskraft vieler alter Industrienationen litt hingegen im vergangenen Jahr unter strukturellen Problemen und einer zu hohen Verschuldung vor allem des öffentlichen Sektors.

Die wirtschaftliche Entwicklung der USA blieb trotz einer extrem expansiven Geld- und Fiskalpolitik mit einer Wachstumsrate von 1,7% (Vj. 2,9%) unter ihrem langfristigen Potenzial. Hintergrund war hier die weiterhin anhaltende Krise im Immobiliensektor sowie die verbesserte, mit 8,5% (Vj. 9,4%) aber immer noch zu hohe Arbeitslosenquote. Diese beiden Faktoren belasteten insbesondere die Binnennachfrage.

Die Konjunktur in den Euroländern (BIP-Wachstum 2011: 1,6% nach 1,8% im Vorjahr) war von einer Rezession in den Krisenländern der Europeripherie und einem weiterhin starken Wachstum in Deutschland (3,0% nach 3,6%) geprägt.

Die anhaltende Vertrauenskrise hinsichtlich der Zahlungsfähigkeit hoch verschuldeter Staaten in der Eurozone bestimmte im Verlauf des Jahres immer stärker die wirtschaftliche Entwicklung. Während zu Beginn des Jahres 2011 mehrheitlich positive Konjunkturprognosen vorherrschten

und die aus der Politik der billigen Liquidität resultierenden Inflationsgefahren stärker ins Bewusstsein traten, drehte sich die Situation im weiteren Jahresverlauf. Die wirtschaftliche Entwicklung nahm vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Schuldenkrise einen schwachen Verlauf und führte zum Jahresende zu negativen Wachstumsraten in der Eurozone.

In Deutschland konnte sich das Wachstum – neben dem traditionell hohen Beitrag der Exporte – aufgrund der starken Entwicklung am Arbeitsmarkt (Arbeitslosenzahl mit 2,78 Mio. Arbeitnehmern nach 3,0 Mio. im Vorjahr auf Rekordtief; Arbeitslosenquote 6,6% nach 7,2%) erstmals seit vielen Jahren auch auf eine hohe inländische Konsumnachfrage stützen. Die strukturelle Qualität der bisher zu exportlastigen deutschen Wirtschaftsleistung hat sich durch diese zweite Säule spürbar verbessert. Auch in 2011 wurde deutlich, wie wertvoll der frühzeitige strukturelle Anpassungsprozess im Zuge der Maßnahmen aus der Agenda 2010 für die deutsche Wirtschaft war.

Japan hatte durch die Katastrophe von Fukushima im ersten Halbjahr eine sehr schwache Entwicklung zu verzeichnen. Entgegen den Befürchtungen blieben die globalen Auswirkungen trotz der hohen Exportlastigkeit der japanischen Wirtschaft und der damit verbundenen technischen Verflechtungen aufgrund von Substitutionsmöglichkeiten aber gering.

Neben der US-Notenbank (FED), die im Zuge der Belastungen durch die amerikanische Schuldenkrise zwischenzeitlich eine Quasi-Garantie für ein unverändert niedriges Zinsniveau (0%-0,25%) bis zum Jahr 2014 aussprach, hatte auch die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Geld-

politik in 2011 weiter gelockert. So wurden die Zinserhöhungen des Frühjahrs zurückgenommen. Zusätzlich wurden weitere unkonventionelle Maßnahmen wie der beschleunigte Ankauf von Staatstiteln oder die massive Liquiditätsversorgung der Banken durch Begebung eines dreijährigen Tenders eingesetzt, um die Situation der Banken zu stabilisieren. Ziel war es, eine Liquiditätsklemme wie 2008 (Lehman) zu verhindern. Mit den genannten Maßnahmen kam es zu einer Erosion der Zentralbankziele. Das Ziel der Geldwertstabilität steht offensichtlich nicht mehr im Zentrum der Handlungen der EZB. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die beiden deutschen Vertreter konservativer Zentralbankpolitik im EZB Rat im vergangenen Jahr zurückgetreten sind. Der Druck auf die Geldwertstabilität wurde durch die expansiven Maßnahmen erhöht, und die Unabhängigkeit der Zentralbank scheint gefährdet.

Im Wechselkursverhältnis \$/EUR konnten im vergangenen Jahr im Wesentlichen zwei Phasen beobachtet werden. Das erste Halbjahr stand unter dem Eindruck einer positiven Eurostimmung, und in der Spitze wurde im Mai ein Kurs von ca. 1,48 \$/EUR erreicht. In der zweiten Jahreshälfte wurde der Dollar tendenziell stärker und schloss das Jahr bei 1,292 \$/EUR nur unwesentlich entfernt vom Kurs zu Jahresbeginn (1,328 \$/EUR). Dabei kam es in diesem Trend immer wieder zu Gegenbewegungen, vornehmlich dann, wenn die amerikanische Schuldensituation an den Märkten thematisiert wurde.

Gold legte auf \$-Basis in 2011 um 11,3% auf 1.563 \$ erneut zu, was vor allem mit der Finanz- und Verschuldungskrise zu erklären ist.

Kapitalmarkt

Die europäischen Kapitalmärkte waren vor allem im zweiten Halbjahr 2011 von einer ausgeprägten Finanz- und Vertrauenskrise gekennzeichnet. Unter dem Begriff PIIGS (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) wurden die am höchsten verschuldeten Länder von Kerneuropa ausgegrenzt und als eigene Risikoklasse wahrgenommen.

Die Kapitalmärkte wurden im Laufe des Jahres immer mehr zu politischen Märkten. Unter der Federführung von Deutschland und Frankreich verständigten sich die europäischen Länder auf „Rettungsschirme“. Ziel war die Unterstützung der finanzschwachen Länder und das Abwenden von negativen Folgen der Verschuldung auf die Gemeinschaftswährung Euro. Die Umsetzung erfolgte übergangsweise durch die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und soll künftig mithilfe des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) erfolgen. Aus diesen Fonds flossen gezielt Gelder nach Griechenland, Portugal und Irland.

Unterstützt werden diese Maßnahmen von der Europäischen Zentralbank (EZB). In der ersten Jahreshälfte erhöhte die EZB zunächst den Leitzins noch in zwei Viertelprozent-Schritten auf 1,5 %, um der bis dahin positiven Wirtschaftsentwicklung gerecht zu werden. Das sich verschärfende Ausmaß der Schuldenkrise und zunehmender politischer Druck führte jedoch in der zweiten Jahreshälfte zu einer Umkehr. In zwei Schritten im November und Dezember wurde der Leitzins vom Jahresanfang mit 1 % wieder erreicht.

Die amerikanische Notenbank führte in 2011 ihre Nullzinspolitik fort, um

die Kapitalmärkte günstig mit der notwendigen Liquidität zu versorgen. Dabei wurde von Notenbankchef Bernanke ein anhaltend niedriger Zins bis 2013 in Aussicht gestellt.

Auch an der Entwicklung der Zinsen ist die Krise deutlich ablesbar. Die Marktrendite der zehnjährigen Bundesanleihen hat sich im Berichtszeitraum von 2,95 % p.a. auf 1,83 % p.a. ermäßigt, wobei ein Tiefstand im September von 1,69 % p.a. erreicht wurde. Anleger haben auf Rendite zu Gunsten der Sicherheit verzichtet und in Staatsanleihen angelegt, die weiterhin über das beste Rating von AAA verfügten. Dazu zählten neben Deutschland auch noch die Niederlande und Luxemburg.

Dagegen mussten die PIIGS-Staaten deutliche Renditeaufschläge hinnehmen. Spanische und italienische Staatsanleihen rentierten zeitweise um die 7 % p.a., irische und portugiesische Papiere wiesen niedrige zweistellige Renditen auf. Griechenland-Anleihen notierten über 40 % p.a., womit der Markt die Gefahr einer Staatspleite anzeigte.

Neben den Staatsanleihen der Peripheriestaaten erfuhren aber auch Unternehmensanleihen sowie gesicherte und ungesicherte Bankenanleihen deutliche Spreadaufschläge gegenüber vergleichbaren Papieren aus Kerneuropa.

Bei ungesicherten Finanzanleihen verdoppelten sich die Risikoaufschläge sogar. Der Aufschlag betrug im ersten Quartal 2 bis 3 % p.a. und stieg im Jahresverlauf auf bis zu 6 % p.a. gegenüber deutschen Staatsanleihen an.

Die Aktienmärkte haben sich im Zuge der Kapitalmarktkrise deutlich schwächer gezeigt. Während der Deutsche Aktienindex (DAX) eine Performance von -14,69 % für 2011 ausweist, steht beim europäischen Preisindex Eurostoxx 50 ein negatives Ergebnis von -17,47 % zu Buche. Die Differenz ergibt sich aus der höheren Gewichtung an Bankentiteln im Eurostoxx 50. Banken haben sich 2011 aufgrund ihres Bestandes an PIIGS-Anleihen und den damit verbundenen Verlusten, deutlich schlechter entwickelt als andere Sektoren.

Insgesamt war die Gewinnsituation der Unternehmen jedoch stabil. Allein die Unsicherheit an den Märkten bezüglich des Fortbestands der Eurozone hat auf die Kurse gedrückt. Somit lassen sich niedrige Kurs-Gewinn-Verhältnisse (KGVs) beim Eurostoxx 50 erklären.

Die im Markt befindliche Unsicherheit lässt sich an der Volatilität messen. Die Volatilität ist ein Risikomaß, das die Schwankungen von Märkten anzeigt. So weist der Volatilitätsindex (VDAX), das Risikomaß für den DAX, in 2011 wiederholt Werte um 45 aus, während ein langjähriger Schnitt um die 20 liegt.

Jahresüberschuss und Kapitalanlagen

Die Aufgliederung des Jahresüberschusses zeigt, dass der Bruttoüberschuss von 7,2 Mio. € (Vj. 11,2 Mio. €) mit 3,9 Mio. € (Vj. 14,2 Mio. €) aus dem Kapitalanlageergebnis, mit 1,6 Mio. € (Vj. 1,2 Mio. €) aus dem Verwaltungskostenergebnis, mit 2,3 Mio. € (Vj. 2,4 Mio. €) aus dem Risikoergebnis und mit –0,6 Mio. € (Vj. –6,6 Mio. €) aus dem sonstigen Ergebnis stammt. Der Bruttoüberschuss setzt sich bilanziell aus dem Jahresüberschuss 0,5 Mio. € (Vj. 0,6 Mio. €) und der Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung 6,7 Mio. € (Vj. 10,6 Mio. €) zusammen.

Bedingt durch die von der Finanzmarktkrise ausgehenden Risiken und den von unseren Managern ergriffenen Maßnahmen hat sich im abgelaufenen Jahr eine leichte Ergebnisverschlechterung ergeben. So haben unsere extern gemanagten Mandate aufgrund von Fehleinschätzungen bezüglich der Zinsentwicklung und von Bonitätseinschätzungen im europäischen Staats- und Bankenbereich praktisch keine Rendite erwirtschaftet. Dagegen hat unser selbst gemanagtes Portfolio bei leichtem Wertzuwachs seinen geplanten Ertrag erbracht. Die Belastungen durch die Abschreibungen auf eine Griechenlandanleihe konnten durch Erträge aus Vermögensumschichtungen bei deutschen Anleihen weitgehend kompensiert werden. Im Immobilienbereich haben wir im Bestandsportfolio im zweiten Jahr in Folge ein strategiekonformes Ergebnis erzielt. Wie im Vorjahr hat hierzu die Zuschreibungsnotwendigkeit des HGB einen wesentlichen Beitrag geleistet. Im Bereich unseres Immobilienspezialfonds haben wir trotz erfreulicher Entwicklung bei einer Londoner Immobilie die im letzten Jahr gebildete Abschreibung beibehalten. Hier haben wir ebenso Risikovorsorge getroffen, wie in einem unserer Spezialfonds, indem wir bewusst auf Ausschüttungen verzichtet haben.

Zur Entwicklung einzelner Kapitalanlagen nun einige Erläuterungen:

Festverzinsliche Wertpapiere

Festverzinsliche Wertpapiere bilden das Fundament der Kapitalanlage unserer Pensionskasse. Das Gesamtvolumen dieser Anlagen haben wir im abgelaufenen Jahr weiter auf 1.166,2 Mio. € (Vj. 1.092,0 Mio. €) erhöht. Damit machte diese Assetklasse 86,1 % an unseren gesamten Kapitalanlagen aus, ein leichter Anstieg gegenüber dem Vorjahr (84 %). Dabei haben wir insbesondere den selbstgemanagten Teil auf 956,9 Mio. € (Vj. 895,9 Mio. €) ausgeweitet.

Forderungen gegenüber Banken und der öffentlichen Hand

Zum Jahresende 2011 hielten wir im Direktbestand 974,3 Mio. € (Vj. 930,9 Mio. €) an Forderungen gegenüber Banken und der öffentlichen Hand. Diese unterlagen folgenden Sicherungssystemen:

1. Pfandbriefe

Ein Volumen von 283,8 Mio. € (Vj. 244,9 Mio. €) hielten wir in durch öffentliche Kredite oder Hypotheken besicherten Wertpapieren deutscher und europäischer Banken.

2. Einlagensicherungsfonds des privaten Bankgewerbes

Auf Anlagen bei privaten Banken mit Absicherung über den Einlagensicherungsfonds entfielen 216,1 Mio. € (Vj. 206,0 Mio. €).

3. Genossenschaftliches Sicherungssystem

Abgesichert durch Sicherungsmaßnahmen des Genossenschaftssektors waren zum Jahresende 59,0 Mio. € (Vj. 61,3 Mio. €) investiert.

4. Öffentlich-rechtliche Banken

Im Rahmen der Absicherungssysteme der Sparkassen und Landesbanken waren zum Jahresende 249,9 Mio. € (Vj. 220,7 Mio. €) investiert.

5. Souveräne Staaten und deren Finanzierungsvehikel

Auf Staats- und Länderanlagen entfielen 96,3 Mio. € (Vj. 90,2 Mio. €). In diesem Segment traten 2011 Ergebnisbelastungen auf. Wir fühlen uns dadurch in unserer zurückhaltenden Investitionspolitik in Bezug auf Staatsanleihen bestätigt.

6. Nachrangige Anlagen

Der Bestand ist ungesichert und im Berichtsjahr vor allem durch Fälligkeiten auf 70,1 Mio. € (Vj. 93,1 Mio. €) zurückgegangen.

7. Sonstige

Bei einem Teilbetrag in Höhe von 52,3 Mio. € (Vj. 14,6 Mio. €) verzichteten wir ebenfalls auf Absicherungen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Inhaberschuldverschreibungen.

Bankenexposure in Spezialfonds

Das über Spezialfonds gehaltene Bankenexposure beträgt zusätzlich 51,6 Mio. € und teilt sich auf Renten mit 48,9 Mio. € und Aktien mit 2,7 Mio. € auf. Im Rentenbestand ist der Großteil durch Covered Bonds (deutsche Pfandbriefe und andere europäische Papiere mit ähnlicher Besicherung) abgedeckt. Das Volumen liegt bei 28,7 Mio. €. Bei den übrigen 20,2 Mio. € handelt sich um andere Finanzanleihen.

Unternehmensanleihen

Die in Unternehmensanleihen investierten Mittel haben wir in 2011 ausgebaut und hielten zum Jahresende ein Volumen von 75,2 Mio. € (Vj. 63,4 Mio. €). Auch hier greifen wir bei einem Großteil der Anleihen auf ein externes Management zurück.

Neben dem Renditebeitrag halten wir Unternehmensanleihen vor allem aus Diversifikationsgründen für interessant. Bei dem gestiegenen Länderrisiko hat die Prüfung des Einzelunternehmens an Bedeutung gewonnen.

Bei der Auswahl der Titel achten wir sowohl auf eine breite Branchen-

Jahresüberschuss und Kapitalanlagen

streuung als auch auf eine gute Bonität, im Wesentlichen im Investment-Grade-Bereich.

Asset Backed Securities (ABS)

In dieser Kapitalanlageklasse hatten wir zum Stichtag einen Bestand von 32,5 Mio. € (Vj. 22,5 Mio. €) investiert. Aufgrund des attraktiven Risiko-Rendite-Verhältnisses ist diese Assetklasse aufgestockt worden.

Wir lassen diese Anlageklasse fast ausschließlich von externen Managern mit ausgewiesener Kreditexpertise managen. Größere Anlageschwerpunkte waren nicht vorhanden. Vielmehr investierten unsere Asset-Manager breit gestreut z. B. in europäische Hypotheken, Unternehmensanleihen und gebündelte Forderungen gegen die öffentliche Hand.

Regionale Herkunft der Schuldner

Im vergangenen Jahr erlebte der Rentenmarkt eine kritische Diskussion um die Sicherheit von Anlagen, insbesondere von Staatsanleihen.

Im Portfolio der Pensionskasse verfolgen wir seit Jahren die Strategie, neben der breiten Diversifikation auf Schuldnersebene auch die Konzentration auf deutsche Emittenten zu reduzieren. Die Umsetzung erfolgt sukzessive, indem vor allem Anleihen europäischer Schuldner dem Portfolio beigemischt werden. Bei der Auswahl bevorzugen wir systemrelevante Schuldner und Marktführer aus den Bereichen Banken und Corporates. Zum Stichtag entfielen 68,8 % (Vj. 74 %) unserer Rentendirektbestände von 1.051,2 Mio. € (Vj. 979,6 Mio. €) auf Deutschland. 5,3 % entfielen auf britische (Vj. 3 %), 4,9 % auf französische Schuldner (Vj. 4 %), 3,8 % auf niederländische (Vj. 3 %) und 3,5 % auf spanische (Vj. 4 %) Schuldner. 2,3 % unserer Rentendirektbestände haben wir bei irischen (Vj. 2 %) und 1,9 % bei italienischen

Schuldnern (Vj. 2 %) angelegt. Den Kreis der Schuldnerländer haben wir im vergangenen Jahr erweitert. Weitere Erläuterungen zum Länderrisiko der Pensionskasse finden sich im Chancen- und Risikobericht.

Aktien

Im Berichtsjahr konnte sich unser Aktienbereich mit –13,71 % zwar relativ zur Benchmark Eurostoxx 50 (–17,47 %) behaupten, bei absoluter Betrachtung aber dem negativen Umfeld nicht entziehen. Ein kleiner Small Cap Fonds hat seit Ankauf im Frühjahr 2011 eine deutlich negative Performance erzielt. Das Aktienexposure ist im Juni um 30 Mio. € reduziert worden. Der Zeitwert des Aktienbestandes beträgt zum Stichtag 27,3 Mio. € und wird im Gegensatz zum Vj. ungesichert gehalten. Die Aktienquote beläuft sich auf 2,0 % (Vj. 4,6 %).

Private Equity

Der Bestand an Private Equity ist im abgelaufenen Jahr auf 24,0 Mio. € (Vj. 18,0 Mio. €) erhöht worden.

Im Rahmen unserer langfristigen Strategie, das Portfolio im Private Equity Bereich zu stärken, haben wir in 2011 zwei weiteren Fonds Zahlungszusagen gegeben (Abruf aus den neuen Fonds in 2011: 1,9 Mio. €).

Immobilien

Der Bestand an direkt und indirekt gehaltenen Immobilien hat im Jahr 2011 leicht zugenommen und betrug nunmehr 114,0 Mio. € (Vj. 110,1 Mio. €). Der Anteil an den Kapitalanlagen blieb mit 8,4 % (Vj. 8,5 %) nahezu gleich.

Der größte Block innerhalb der Anlageklasse Immobilien sind mit einem Volumen von 102,8 Mio. € (Vj. 100,6 Mio. €) Immobilien des Eigenbestands.

Den Bestand an Wohnimmobilien haben wir im vergangenen Jahr weiter ausgebaut. In diesem Segment

konnten wir in 2011 attraktive Renditen erzielen.

Bei gewerblichen Immobilien in Deutschland kam es zu einer deutlichen Verbesserung wichtiger Kennzahlen.

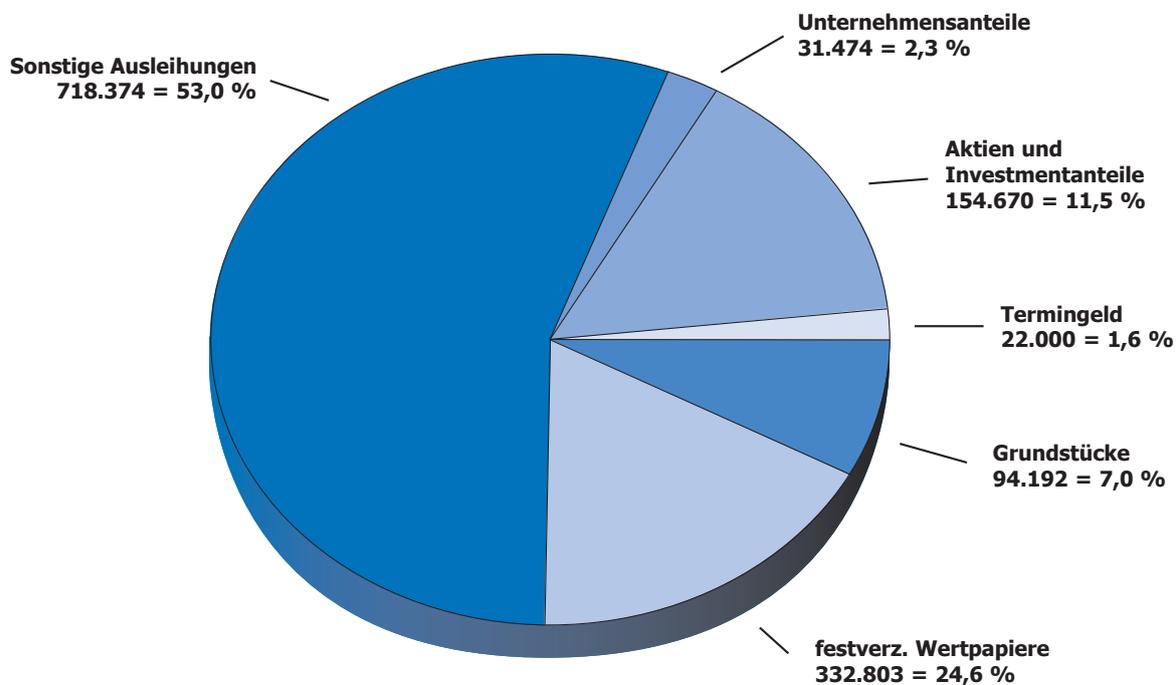
Zusammenfassung

Im Berichtszeitraum 2011 ist es uns erneut gelungen, für die Pensionskasse attraktive Opportunitäten zu nutzen. Neben gut verzinslichen Anleihen sind neue Engagements im Bereich Private Equity eingegangen und zwei neue Wohnanlagen dem Portfolio hinzugefügt worden. Unser Volumen an stabilen Ertragsquellen oberhalb der tarifgemäßen Verzinsung haben wir konsequent erhöht. Das Ziel dabei ist weiterhin das Erreichen einer zunehmenden Unabhängigkeit der PK vom Ergebnisbeitrag der marktvolatilen Vermögensklassen. Ebenfalls ist die Strategie der regionalen Diversifikation fortgeführt worden. Dabei haben wir schwerpunktmäßig in 2011 festverzinsliche Wertpapiere mit Renditen oberhalb unserer passivseitigen Verzinsungsanforderung eingekauft. Hinsichtlich der Qualität standen vor allem ausländische Pfandbriefe (Covered Bonds) im Vordergrund. Angesichts der steilen Zinsstrukturkurve haben wir in 2011 zur Durationssteuerung auch weiterhin das Instrument des Vorkaufs eingesetzt.

In der Neuanlage sind nach eingehender Prüfung zu den erstklassig gerateten Anlagen auch unbesicherte Bankanleihen zu attraktiven Konditionen beigemischt worden. Somit kann weiterhin eine deutliche, allerdings leicht reduzierte Differenz zur erforderlichen Verzinsung der Passivseite beibehalten werden, was sich letztlich positiv auf die Steuerbarkeit der Pensionskasse auswirkt.

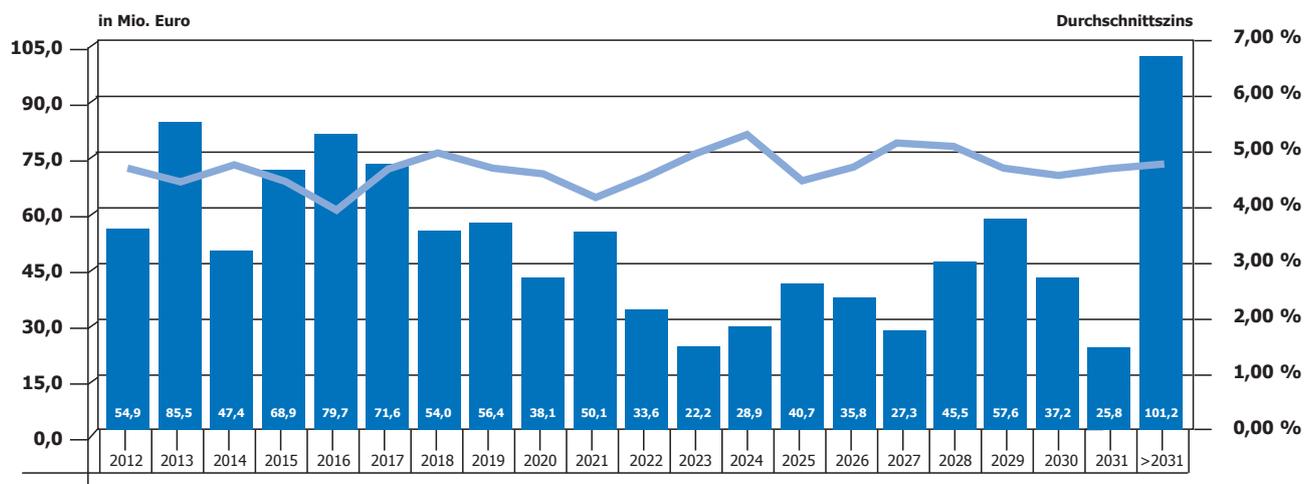
Jahresüberschuss und Kapitalanlagen

Bestände der Kapitalanlagen in TEuro zum 31. 12. 2011



Gesamt: TEuro 1.353.514

Fälligkeitsfächer – festverzinsliche Namens- und Inhaberwertpapiere



In Mio. nach Nennwerten per 31.12.2011 – Durchschnittsnominalzins: gewogener Durchschnitt des jeweiligen Jahres
 Gesamtsumme: 1.062,8 Mio. Euro – Durchschnittsnominalzins gesamt: 4,70% – durchschnittl. Restlaufzeit: 10,8 Jahre

Mitglieder, Leistungen und Beiträge

Unsere Ziele für das Jahr 2011 waren:

i.) die weitere Stabilisierung und ein leichter Ausbau der Beitragseinnahmen und

ii.) die Steigerung des Versichertenbestandes auf über 80.000 Mitglieder.

Beide Ziele wurden erreicht und deutlich übertroffen:

i.) Im Jahr 2011 betrug das Wachstum unserer Beitragseinnahmen insgesamt 5.238 TEuro. Dies stellt in absoluten Zahlen das zweithöchste Wachstum der letzten zehn Jahre dar und steigert das schon im Vorjahr überaus hohe Beitragswachstum noch einmal. Bezogen auf die laufenden Beiträge ergab sich eine Erhöhung von 8,9% auf einen Gesamtbetrag von 62.402 TEuro.

ii.) Am Ende des Jahres 2011 zählten 80.528 Mitglieder und Rentner zum Bestand der PKDW.

Beide Ziele stellten durch die im Vorjahr erreichten hohen Steigerungsraten und vor dem Hintergrund der Finanzkrise in Teilen Europas besondere Herausforderungen dar. Denn: Die krisenbedingte Unsicherheit führte im Ergebnis dazu, dass viele Unternehmen sich bei dem Thema Sonderzahlungen zurückgehalten haben. Da Sonderzahlungen ein Bestandteil der Basis für Entgeltumwandlungen darstellen, führte diese Zurückhaltung zu einer verringerten Beitragseinnahme bei bestehenden Mitgliedsunternehmen.

Ein weiterer Punkt, der gegen eine noch deutlichere Steigerung der oben genannten Größen wirkte, war technischer Natur: Durch die hohe Anzahl von

Rentenübergängen (in 2011: 814 Mitglieder) besonders aus den älteren, hochdotierten Versorgungswerken entfiel ein erhebliches Beitragsvolumen.

Das Wachstum unserer Beitragseinnahmen geht einher mit dem Zuwachs an Neumitgliedern. Unsere insgesamt 4.580 Neumitglieder brachten in 2011 einen Beitrag in Höhe von 3.834 TEuro ein. Dies entspricht über 73% der gesamten Beitragssteigerung in 2011. Im Durchschnitt leistete dabei jedes Neumitglied einen Beitrag für seine Altersversorgung in Höhe von 837 Euro.

Insgesamt fand der Anstieg der Beitragseinnahmen wie in den Vorjahren in der klassischen Rentenversicherung – und damit im Tarif A – statt. Der Anteil der laufenden Beiträge lag nahezu unverändert bei 99,5%. Die detaillierte, mehrjährige Beitragsentwicklung ist auf Seite 17 dargestellt.

Ein weiterer großer Anteil an der Beitragsentwicklung wurde über eine Steigerung der Beiträge im Bestand der Mitgliedsunternehmen erzielt. Die Beitragssteigerung wurde unter anderem durch Ausweitung bestehender Altersversorgungsmodelle erreicht.

So wurde in einem Trägerunternehmen durch Harmonisierung und Umfinanzierung der Betrieblichen Altersversorgung zugunsten der PKDW erreicht, dass die PKDW nun nahezu als alleiniger Anbieter für die Betriebliche Altersversorgung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter installiert ist. Dies führte zu einem entsprechenden Zuwachs von Mitgliedern und Beiträgen. Die PKDW begleitete in diesem Fall das gesamte Projekt zur Umfinanzierung und Harmonisierung im Unternehmen.

Das Auslaufen der Vermögenswirksamen Leistungen (Ende des Besitzstandes) in der Chemiebranche zum Ende des Jahres 2011 sorgte ebenfalls für eine Aufwärtsbewegung. Viele Mitglieder trafen die Entscheidung, die ehemaligen Vermögenswirksamen Leistungen nun in die Betriebliche Altersversorgung einzubringen. Weiterhin trafen einige tarifgebundene Mitgliedsunternehmen aus der Chemiebranche erst in 2011 eine Entscheidung über die Verwendung des Demografiebeitrages. Hier fiel die Wahl wie im Vorjahr häufig zugunsten der tariflichen Altersversorgung und damit zugunsten der PKDW aus. Die Gründe dafür lagen vor allem in der flexiblen Beitragsgestaltung und insbesondere im flexiblen Vorruhestandsmodell der PKDW.

Der Tarifwechsel zum 01.01.2012, der eine Erhöhung des frühestmöglichen Renteneintrittsalters von 60 auf 62 und eine Absenkung des tarifgemäßen Zinses von 2,25% auf 1,75% für Neumitglieder ab dem 01.01.2012 mit sich brachte, führte zum Ende des Jahres 2011 nochmals zu einer deutlichen Steigerung der Neuaufnahmen.

Das Mitgliederwachstum resultierte aber auch aus der Gewinnung neuer Mitgliedsunternehmen. Diese Firmen kommen aus verschiedenen Branchen. So zählen Dienstleistungs- und Pharmaunternehmen nun ebenso zum Kreis unserer Träger wie Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie.

Mehr als 30% der Neumitglieder entschieden sich dafür, den Berufsunfähigkeitsschutz mit in ihre Altersversorgung einzuschließen. Wie auch schon in den Vorjahren konnte bei dem Kreis der

Mitglieder, Leistungen und Beiträge

Neumitglieder eine zunehmende Tendenz zur Wahl der Teilkapitalleistungsmöglichkeit festgestellt werden.

Das Thema Teilkapitalleistung und damit auch das Thema flexibles Vorruhestandsmodell blieben weiterhin wichtige Kontaktaufnahmepunkte zu unseren Mitgliedsunternehmen und Mitgliedern. Die Diskussion in Europa und auch speziell in Deutschland über eine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters in der gesetzlichen Rentenversicherung auch über das Alter 67 hinaus, hielt die Themen weiterhin aktuell.

Insbesondere bei der Neuanmeldung von Mitgliedern führten diese Themen zu einem deutlich vermehrten Informationsbedarf. Um diesen zu befriedigen, gestalteten wir zahlreiche, speziell auf die Betriebliche Altersversorgung ausgerichtete, Informationsveranstaltungen. Zusätzlich begleiteten wir Arbeitnehmervertreter in der Gestaltung von Betriebsversammlungen. Schwerpunkte bei diesen Veranstaltungen lagen in der Vorstellung von neuinstallierten Versorgungswerken bzw. der Nutzung bestehender Versorgungswerke und in der Darstellung des PKDW-Modells einschließlich des flexibel einsetzbaren Vorruhestandsmodells. In interessierten Unternehmen informierten wir die Personalverantwortlichen über die Neuerungen der

Betrieblichen Altersversorgungs-Systeme. Begleitet haben wir ebenfalls Projekte zur Betrieblichen Altersversorgung mit folgenden Inhalten:

- Umfinanzierung auf Kapitaldeckung,
- Steigerung der Attraktivität des Arbeitgebers mit Hilfe der Betrieblichen Altersversorgung.

Neben den Beratungsgesprächen und Informationsveranstaltungen, die speziell auf Altersversorgungswerke unserer Mitgliedsunternehmen bzw. auf die Ansprüche derer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgestellt wurden, führten wir zur Festigung der PKDW als kompetenten und flexiblen Partner und Dienstleister in der Betrieblichen Altersversorgung unternehmensübergreifende, fachbezogene Veranstaltungen durch. So stellten wir auf unserem PKDW-Seminar unter anderem die Neuerungen und Modifikationen in der betrieblichen und tariflichen Altersversorgung im Herbst 2011 in Duisburg zahlreichen Vertretern unserer Mitgliedsunternehmen dar. Hierbei lag der Schwerpunkt auf dem Thema „Demografie und Betriebliche Altersversorgung“.

Darüber hinaus informierten wir unsere Mitgliedsunternehmen durch eine aktuelle Ausgabe unserer Informations-

schrift „Vision“ über die Neuerungen in der Betrieblichen Altersversorgung.

Bezogen auf unsere Einzelmitglieder erreichten wir durch aktuelle und zeitnahe Information der von den Kassenfirmen abgemeldeten Mitarbeiter und deren neuen Arbeitgebern wie in den Vorjahren ein entsprechendes Beitragswachstum.

In Summe führten die oben aufgeführten Maßnahmen zum deutlichen Erreichen der Ziele 2011.

Folgende Punkte werden uns bei der Fortsetzung unseres Wachstums in 2012 unterstützen:

- Gezieltes Ansprechen und Beraten von Unternehmen, die ausgeschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Mitgliedsunternehmen beschäftigen und gegebenenfalls die Betriebliche Altersversorgung mit der PKDW fortführen;
- das Auslaufen der vermögenswirksamen Leistungen (Ende des Besitzstandes) in der Chemiebranche zum Ende des Jahres 2011.

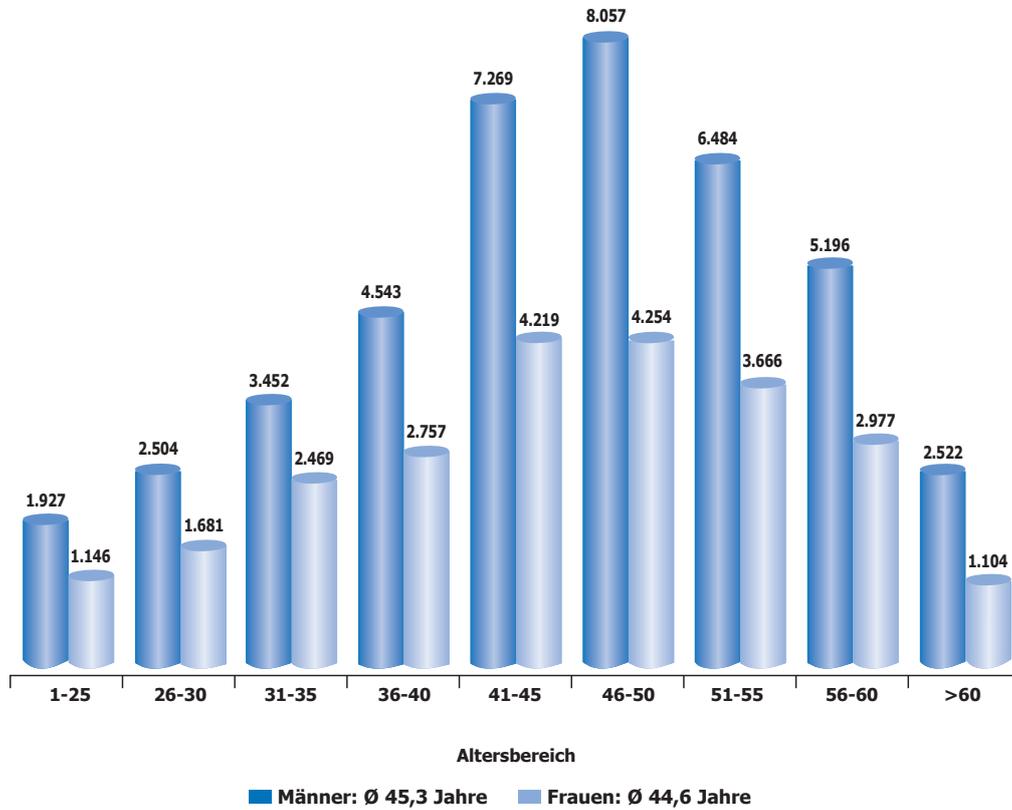
Wir sind optimistisch, auch in 2012 weiteres Wachstum zu erreichen, da wir uns personell gut aufgestellt sehen und mit den modifizierten Leistungsarten ein konkurrenzfähiges Versorgungsmodell geschaffen haben.

Entwicklung der laufenden Beiträge von Einzel- und Firmenmitgliedern

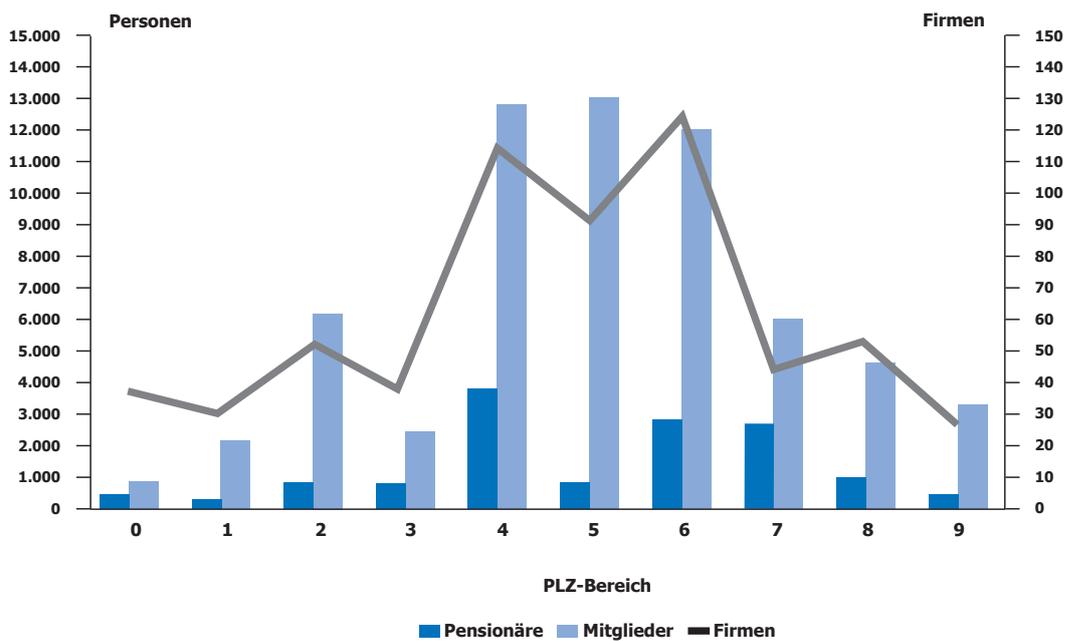
	2011 TEuro	2010 TEuro	2009 TEuro	2008 TEuro	2007 TEuro
Laufende Beiträge Firmenmitglieder	57.039	51.907	47.027	46.127	43.474
Laufende Beiträge Einzelmitglieder	5.363	5.368	5.010	4.808	4.814
Summe laufende Beiträge	62.402	57.275	52.037	50.935	48.288

Mitglieder, Leistungen und Beiträge

Altersstruktur der Anwärter – Anzahl der Männer und Frauen 2011

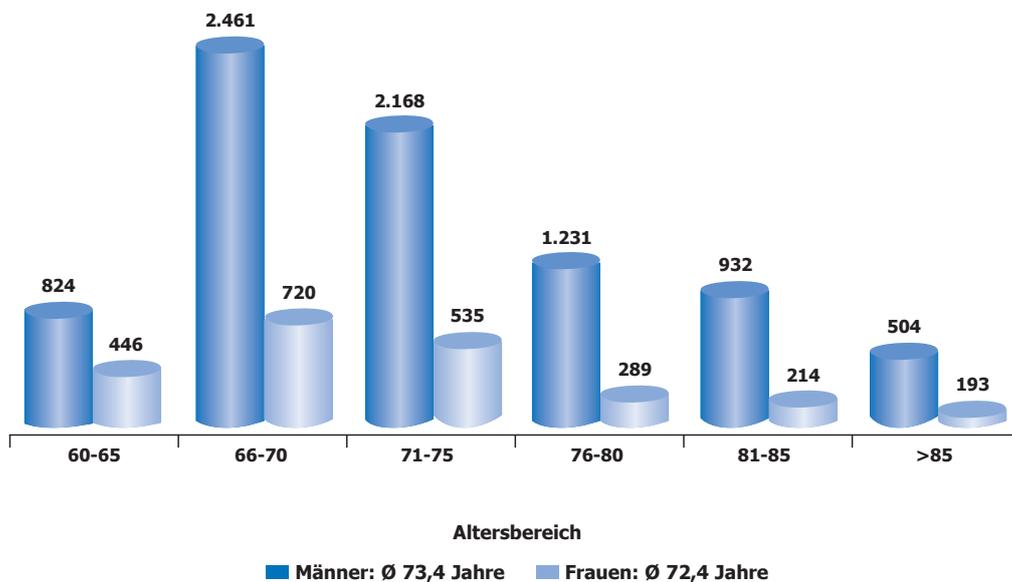


Geografische Verteilung des Versichertenbestandes 2011

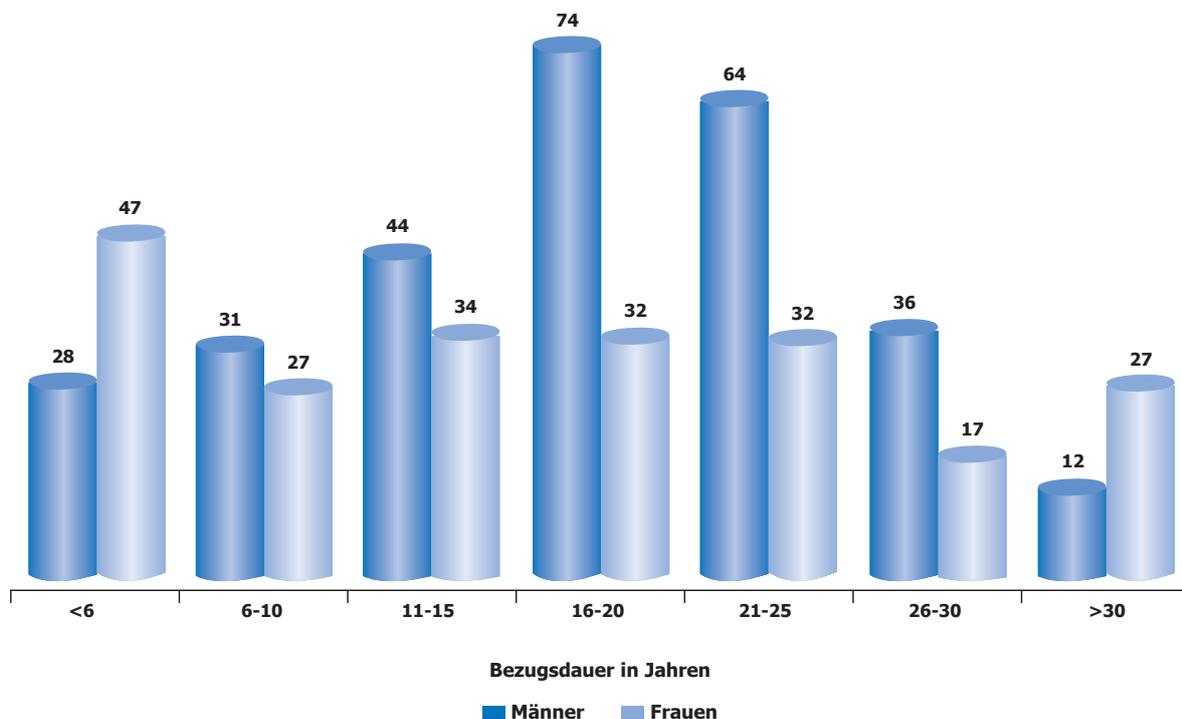


Mitglieder, Leistungen und Beiträge

Altersstruktur der Altersrentner – Anzahl der Männer und Frauen 2011



Rentenbezugsdauer bei Tod in 2011 – Anzahl der Altersrenten



Organe und Verwaltung/Wirtschaftliche Lage

Organe und Verwaltung

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat sich an der zahlenmäßigen Besetzung unserer Gremien nichts geändert. Mit Ablauf der Mitgliederversammlung 2011 schieden Herr Hans Paul Frey, Herr Detlef Grade und Herr Klaas Uphoff aus dem Aufsichtsrat aus. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Herr Wolfgang Goos, Hauptgeschäftsführer des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie e.V., Wiesbaden, Herr Dr. Harald Schloßmacher, ehem. Group Vice President Süd-Chemie AG, München und Herr Dr. Heinz-Gerd Suelmann, Executive Vice President Grünenthal Pharma GmbH & Co. KG, Aachen. Im Vorstand gab es im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Veränderungen. Die Zahl der Mitarbeiter der Pensionskasse ist im abgelaufenen Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr mit 29 Personen gleich geblieben. Der Anstieg der Beschäftigung in den vergangenen Jahren spiegelt das anhaltende Wachstum der Pensionskasse und die zunehmenden regulatorischen Anforderungen an Finanzdienstleistungsunternehmen wieder. Im Berichtsjahr ist die Zahl der Vollzeitmitarbeiter auf 26 (Vorjahr 24) gestiegen, die Zahl der Teilzeitmitarbeiter beläuft sich auf 3 (Vorjahr 5). In den Teilzeitmitarbeitern sind eine studentische Hilfskraft und eine gewerbliche Kraft enthalten. Im Jahr 2012 wird der leichte Personalaufbau voraussichtlich fortgesetzt.

Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Wir messen die Leistungen der Pensionskasse seit vielen Jahren im nicht-finanziellen Bereich in dem Verhältnis

Mitarbeiter auf Vollzeitbasis zu Versicherten. Hier ergab sich – gerechnet ohne Vorstandsmitglieder, Reinigungskräfte und studentische Hilfskräfte – im Geschäftsjahr 2011 ein Verhältnis von 1 Mitarbeiter auf 3.355 Versicherte. Im Vorjahr betrug diese Zahl 1 Mitarbeiter auf 3.485 Versicherte. Wie im vergangenen Jahr hat der Personalaufbau den langjährigen Trend zur Verbesserung dieses Indikators unterbrochen. Mit Blick auf die weiter steigenden Anforderungen an die Pensionskasse durch öffentlich-rechtliche Aufgabenstellungen lässt sich eine Ausweitung nicht vermeiden. Zusätzlich haben wir daher die Gesamtkostenquote je Versicherten in unsere Betrachtung einbezogen. Hierbei rechnen wir die gesamten Kosten der Pensionskasse ohne die für den Kapitalanlagebereich anfallenden Kosten in Relation zur Zahl der Mitarbeiter. Hieraus ergab sich in 2011 ein Betrag von 35,06 Euro je Versicherter (ohne Kapitalanlagekosten, soweit in der Rendite bereits enthalten).

Wirtschaftliche Lage

Die Pensionskasse hat auch das schwierige Jahr 2011 solide und erfolgreich absolviert. Auf der Mitgliederseite konnten wir 4.580 neue Mitglieder verzeichnen. Zudem weist das Beitragswachstum eine der stärksten Wachstumsraten der vergangenen Jahre auf (+9,1%). Auf der Kapitalanlagenseite war das Jahr durch eine Fortsetzung des extremen Niedrigzinsumfeldes der Vorjahre geprägt. Der Niedrigzinstrend wurde zum Jahresende durch die Europäische Zentralbank und ihre mehrjährigen Tender mittelfristig festgeschrieben. Vor dem Hintergrund der auch in den

nächsten Jahren zu erwartenden Niedrigzinsphase ist das Beitragswachstum und die zunehmende Zahl der Mitglieder ein wichtiger Beitrag, um die passivseitige Durchschnittsverzinsung im Bestand der Pensionskasse zu reduzieren (3,64% nach 3,69% im Vorjahr). Die Pensionskasse verfügt mittlerweile über eine sehr gesunde Beitragsstruktur. Beitrags- und Mitgliederzuwachs werden getragen von einer großen Zahl an mittelständischen Unternehmen. Großunternehmen haben einen unterdurchschnittlichen Anteil. So haben die größten fünf Unternehmen (nach Beitragszahlung) nur einen Anteil von 19,65% an den Beiträgen und 14,99% an den Mitgliedern. Eine Abhängigkeit von einer bestimmten Gruppe von Mitgliedern ist daher nicht gegeben. Dies ist nach wie vor für das Geschäftsprinzip der Pensionskasse notwendig, da wir auch im abgelaufenen Jahr wieder beobachten mussten, dass es bei Übernahmen von Trägerunternehmen unserer Pensionskasse durch international tätige Großkonzerne zu deutlichen Eingriffen in die betriebliche Altersversorgung zu Lasten unserer Pensionskasse kommt.

Auf der Kapitalanlagenseite haben wir uns frühzeitig durch einen breiten Sockel an langfristigen Kapitalanlagen gegen zu kurzfristige Schwankungen des Zinssatzes abgesichert. Im Direktbestand ist unser Durchschnittszins daher auch nur geringfügig abgeschmolzen (4,70% p.a. nach 4,78% p.a. im Vorjahr). Bei dieser Betrachtung ist jedoch zu berücksichtigen, dass der Block der hochverzinslichen Deckungsmittel der Pensionskasse ebenfalls bereits im Abschmelzen ist

Organe und Verwaltung/Wirtschaftliche Lage

(867,0 Mio. € zu 4%, vorher 881,1 Mio. €). Die niedrigverzinslichen Deckungsmittel aus den Tarifierpassungen 2003 und 2007 steigen deutlich an (431,9 Mio. € nach 362,7 Mio. € mit Tarifzins 3% und niedriger). Das bereits im Vorjahr etablierte barwertorientierte Risikosteuerungsinstrument hat auch im Jahr 2011 wieder wichtige Steuerungssignale gesetzt, so dass wir davon überzeugt sind, den aus heutiger Sicht teuren Altbestand auch weiterhin steuern zu können.

Bei den anderen Kapitalanlagen gab es im abgelaufenen Jahr eine unterschiedliche Entwicklung. Während die Kapitalanlage in öffentlich notierten Aktien – bedingt durch die Kursrückgänge – Verluste aufweist, haben wir im Immobilien- und Private Equity-Bereich im abgelaufenen Jahr erneut die notwendige Verzinsung zur Abdeckung unserer tariflichen Verpflichtungen erwirtschaftet. Während im Immobilienbereich wie im letzten Jahr unverändert die Zuschreibungen aufgrund des HGB einen Anteil haben, ist unser Private Equity-Portfolio im vergangenen Jahr auch ohne bilanzielle Bewertungseffekte sehr positiv verlaufen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres liegen in der Umschuldung der griechischen Republik. Da wir die Bestände an griechischen Staatsanleihen im Geschäftsjahr auf den Marktwert beschrieben hatten, haben die damit in Verbindung stehenden Verluste keine weiteren Auswirkungen. Die Ergebnisbelastung durch die Wertberichtigung in 2011 hielt sich mit 1,8 Mio. € in noch vertretbarer Größenordnung.

Prognoseberichterstattung und Ausblick

In den ersten Wochen des neuen Jahres zeichnet es sich ab, dass die Herausforderungen durch die Niedrigzinssituation nicht vorübergehend sein werden. Mit einem enormen Volumen hat die Europäische Zentralbank mittelfristig den Banken Finanzmittel zur Verfügung gestellt, was auf den Aktien- und Immobilienmärkten zu steigenden Preisen führt. Dies kann jedoch bei einer zur vorsichtigen Kapitalanlage verpflichteten Pensionskasse nicht die Zinsrückgänge bei festverzinslichen Wertpapieren ausgleichen.

Unter strategischen Gesichtspunkten ist für die Pensionskasse die Vorlage der 10. VAG-Novelle ein wichtiger Meilenstein. Mit der 10. VAG-Novelle sollen für die bisher annähernd gleich regulierten Lebensversicherungsunternehmen andere Sicherungsvorschriften als für Einrichtungen der Betrieblichen Altersversorgung eingeführt werden. Während sich Versicherungsunternehmen künftig nach den im Bankenbereich etablierten Steuervorgehen zu richten haben, gelten für die Einrichtungen der Betrieblichen Altersversorgung weiterhin die bewährten nationalen Regelungen. Allerdings plant die EU-Kommission auch für diese Unternehmen eine europaweit einheitliche Regulierung.

Unser wirtschaftliches Ergebnis 2012 wird stark von zwei Faktoren abhängen. Neben der Entwicklung am Aktienmarkt wird die europäische Schuldenkrise das Ergebnis maßgeblich beeinflussen. Soweit keine weiteren, größeren Zahlungsausfälle auftreten

und der Aktienmarkt die Verluste aus dem Vorjahr aufholt, werden wir ein gegenüber dem Vorjahr leicht verbessertes Ergebnis erzielen können.

Im organisatorischen Bereich der Pensionskasse werden wir nach dem starken Wachstum der vergangenen Monate unsere internen Abläufe stärken und bereits eingeleitete Maßnahmen abschließen.

Unsere Ziele für das Jahr 2012 bezogen auf unsere Mitglieder, Leistungen und Beiträge formulieren wir wie folgt:

- Nachdem wir im Jahr 2011 das Ziel bezogen auf den Anstieg auf über 80.000 Versicherte erreicht haben, möchten wir den Versichertenbestand der PKDW im Jahr 2012 weiter moderat ausbauen. Wohlwissend, dass wir in den folgenden Jahren durch die ehemalige Überalterung des Versichertenbestandes mit vermehrten Abgängen zu rechnen haben, möchten wir dieses Ziel angehen.
- Nach den hohen Beitragssteigerungen in den beiden Vorjahren gehen wir, basierend auf dem obengenannten Ziel bezogen auf den Versichertenbestand, von einem leichten Ausbau und einer Stabilisierung unserer Beitragseinnahmen auf hohem Niveau aus.
- Neben der Weiterentwicklung unserer Bestände werden wir in 2012 auch ein Wachstum durch Übernahme von Versicherungsbeständen anderer Pensionskassen aufweisen.

Für das Folgejahr 2013 gehen wir von ähnlichen Erwartungen wie für das laufende Jahr aus.

Chancen- und Risikobericht

Chancen sehen wir zum einen darin, dass die Zahl unserer Mitglieder bzw. die Beitragseinnahmen stärker steigen als erwartet.

Zum anderen können sich bei den Kapitalanlagen weitere Chancen dadurch ergeben, dass die Entwicklungen am Kapitalmarkt günstiger ausfallen als erwartet.

Zu den Risiken stellen wir nachfolgend im Wesentlichen Auszüge bzw. Zusammenfassungen aus unserem Risikobericht gemäß § 64a VAG dar.

Gegenstand

Als Risiko wird die Möglichkeit des Nichterreichens eines explizit formulierten oder sich implizit ergebenden Zieles verstanden.

Ziele des Risikomanagements

Ziele des Risikomanagements sind:

- i.) die Überprüfung und Gewährleistung des Erreichens der auf S. 2 dieses Geschäftsberichtes genannten Unternehmensziele sowie der in der Geschäftsstrategie und Risikostrategie beschriebenen Ziele;
- ii.) die Gewährleistung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen, insbesondere an Solvabilität, Bedeckung und Stressszenarien;
- iii.) die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems sowie der Risikokultur der PKDW unter Berücksichtigung der aktuellen aufsichtsrechtlichen Anforderungen (MaRisk VA).

Aktuelles Marktumfeld, überraschende Entwicklungen und externe Ereignisse

Das fehlende Vertrauen der Finanzmärkte in die Rückzahlungsfähigkeit von Staaten in der Eurozone war eines der zentralen Themen des Jahres 2011. Dabei konzentrierte sich das Misstrauen auf die Länder der Europeripherie, aber auch Kernstaaten

konnten sich zwischenzeitlich nur zu Rekordrisikoprämien refinanzieren. Deutschland war in 2011 der einzige größere Staat der Euro-Zone, der Anlegergelder auf sich zog mit der Konsequenz, dass die Renditen für deutsche Staatsanleihen Rekordtiefen erreichten und bei kurzen Bindungsfristen teilweise sogar negativ waren.

Der EZB ist daran gelegen, in dem momentanen Umfeld der Unsicherheit die Zinsen niedrig zu halten. Dieses Ziel steuert sie nicht mehr nur direkt über die Refinanzierungssätze sondern zuletzt auch durch die massive Bereitstellung von Liquidität mit dreijährigen Tendern.

Methoden der Risikobewertung und Risikotragfähigkeit

In den letzten Jahren haben wir unter Berücksichtigung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen nach §§ 55c und 64a VAG sowie des BaFin-Rundschreibens 3/2009 (MaRisk VA) das Risikomanagementsystem weiterentwickelt. Ein wesentlicher Punkt war die Nutzung eines Risikotragfähigkeitskonzeptes (RTF) inkl. eines Limitensystems. Weiterhin verwenden wir seitdem neue Bewertungs- und Steuerungsmethoden, wie bspw. ein internes Modell zur Steuerung von Tiefzinsrisiken. Schließlich haben wir die Transparenz des Risikomanagementsystems dadurch erhöht, dass wir alle wesentlichen, risikorelevanten Dokumente im Rahmen eines elektronischen Risikohandbuchs allen Mitarbeitern zur Verfügung stellen.

Das RTF ist eines der zentralen Elemente des Risikomanagementsystems. Es zeichnet sich dadurch aus, dass alle wesentlichen Risiken mit Risikodeckungsmasse unterlegt werden. Parallel werden die aufsichtsrechtlichen Anforderungen beachtet, insbesondere Solvabilität, Stresselastizität und Bedeckung. Diese stellen

eine strenge Nebenbedingung dar und sind entsprechend einzuhalten. Das RTF der PKDW basiert auf der bilanziellen Sichtweise.

Komponenten der Risikodeckungsmasse sind Teile des Eigenkapitals, der stillen Reserven sowie des erwarteten Ergebnisses. Auf der Risikoseite werden wesentliche Risiken identifiziert, nach MaRisk-Standard klassifiziert und Stressszenarien ausgesetzt. Dabei werden häufig aufsichtsrechtliche Vorgaben berücksichtigt. Für die nach MaRisk klassifizierten Risiken werden vom Vorstand strategische Limite vergeben. Die korrelierten strategischen Limite sollen die Risikodeckungsmasse nicht übersteigen.

Für die wesentlichen Ergebnisträger des Aktivbestandes werden vom Vorstand im Rahmen der kurzfristigen/unterjährigen Steuerung taktische Limite vergeben. Ziel ist es, dass die taktischen Limite nicht überschritten werden.

Risikoinventur

Im Juni 2011 wurde eine Risikoinventur durchgeführt; im Dezember 2011 wurde die Risikosituation durch die Risikoverantwortlichen im Rahmen eines Updates überprüft.

Auch zwischen den regulären Inventurterminen melden die Risikoverantwortlichen ad hoc neue bzw. berichten über bereits identifizierte Risiken, die sich wesentlich verändert haben.

Nachfolgend werden die Risiken anhand der Wertschöpfungskette aufgeführt:

1. Beratung von Kassenfirmen

Als Hauptrisiko identifizieren wir das Ausbleiben von Neugeschäft.

Dafür sind vor allem Reputationsrisiken sowie strategische Risiken verantwortlich. Gemessen wird das Risiko

Chancen- und Risikobericht

ko u.a. an der monatlich geführten Neumitgliederstatistik. Das im strategischen Rahmen vergebene Limit für das Reputationsrisiko orientiert sich am Ausbleiben von Mitgliedsbeiträgen.

2. Anmeldung von Mitgliedern durch Kassenfirmen

Das Hauptrisiko ist die Verletzung vertraglicher Nebenpflichten und eine fehlerhafte Kalkulation.

Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um versicherungstechnische und operationelle Risiken. Steuerungsinstrumente sind die Allgemeinen Versicherungsbedingungen, Tarifbedingungen, Satzung und die Technischen Geschäftspläne.

3. Abwicklung/Organisation

Hier ist die technische und wirtschaftliche Verfehlung der Technischen Geschäftspläne gemeint.

Dabei handelt es sich vor allem um operationelle und versicherungstechnische Risiken. Gemessen wird das Risiko über die monatliche Statistik der Verwaltungskosten sowie das versicherungsmathematische Gutachten. Ziel ist die Generierung eines Überschusses aus Biometrie und Verwaltungskosten.

4. Kapitalanlage

Die PKDW legt die ihr anvertrauten Gelder im Wesentlichen in den Bereichen festverzinsliche Wertpapiere, Aktien/Beteiligungen und Immobilien an. Basiswährung unserer Anlagen ist der Euro.

Die Geschäftspolitik der PKDW ist unverändert darauf ausgerichtet, die tarifgemäße Verzinsung durch langfristig stabile Ergebnisquellen abzusichern.

Im Bereich der Kapitalanlage steht das Verfehlen aufsichtsrechtlicher,

bilanzieller und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen im Vordergrund.

Hauptrisiken nach MaRisk sind das Marktrisiko, das Kreditrisiko sowie das Konzentrationsrisiko. Die Strategie ist die Erzielung aufsichtsrechtlicher, bilanzieller und wirtschaftlicher Reserven über eine angemessene Kapitalanlagestrategie, die gegebenenfalls durch die ALM-Studie (aktuelle Studie aus Oktober 2011) oder externe Beratung begleitet wird.

Im taktischen, unterjährigen Bereich wurden vier Limite vergeben (Masterfonds, Publikumsfonds, Rentendirektbestand und Immobilien), die durch Teile der Aktivreserven sowie des geplanten zukünftigen Jahresüberschusses gespeist werden. Damit sind die wesentlichen Risikoträger der Kapitalanlage abgedeckt.

Weiterhin werden für bestimmte Anlageklassen Nebenbedingungen formuliert. Erste Nebenbedingung ist die Erzielung der passivseitig erforderlichen Verzinsung durch den Direktbestand an festverzinslichen Wertpapieren. Dauerhaft tiefe Zinsen bspw. auf dem Jahresendniveau 2011 sind aus heutiger Sicht das größte Risiko der PKDW und können mittelfristig zu einer Verletzung der Nebenbedingung führen.

Als Instrument für die Steuerung des Tiefzinsrisikos hat die PKDW in 2010 ein Modell auf Barwertbasis entwickelt, das unter Einbeziehung des wesentlichen Tarifs der Passivseite in Abhängigkeit von der weiteren Entwicklung der Aktivseite und des Marktzinsniveaus Ergebnisse und Steuerungsimpulse liefert.

Weitere Nebenbedingungen betreffen mit der Formulierung von Volumenslimiten den Fonds- und Nachrangbereich.

Neben den unterjährigen Limiten werden aus strategischer Sicht Limite ver-

geben für das Marktrisiko sowie das kombinierte Konzentrations-/Kreditrisiko.

Im Anschluss berichten wir über die Risiken in den einzelnen Assetklassen.

Festverzinsliche Wertpapiere

Vor allem durch festverzinsliche Wertpapiere erzielen wir die gewünschte Ertragsstabilität. Aus diesem Grund haben wir den Bereich in 2011 weiter ausgebaut. Unsere Durchschnittsverzinsung im Direktbestand ist gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig (4,70 % p.a. nach 4,78 % p.a.). Damit liegen wir aber weiterhin deutlich oberhalb der passivseitigen Anforderung.

Im Bereich des Kreditrisikos (Fähigkeit des Schuldners zur Erbringung von Zins- und Tilgungsleistungen) sind folgende Entwicklungen festzuhalten. Das Risiko aus Wertverlusten bei nachrangigen Papieren ist durch ein hohes Tilgungs- und Verkaufsvolumen im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zurückgegangen. Jedoch ist die Gefahr der Einbeziehung von Nachranggläubigern in die Sanierung von Banken weiter gestiegen. Im vergangenen Jahr waren die Schäden durch Zinsausfälle im Nachrangbereich im Portfolio der PKDW marginal (0,03 Mio. € nach 0,1 Mio. € in 2010).

Im Bereich der Staatsanleihen der Europeripherie kam es in 2011 zu massiven Marktwertverlusten. Wir haben den Buchwert unseres Bestandes an griechischen Staatsanleihen auf den Marktwert reduziert (Buchwert 0,49 Mio. € nach 2,31 Mio. €).

Unverändert investiert die PKDW den größten Teil ihres Anlageportfolios in Anleihen von deutschen bzw. europäischen Kreditinstituten mit sehr guter oder guter Bonität. Dabei legen wir Wert auf Systemrelevanz, separate

Chancen- und Risikobericht

Sicherheiten und/oder Deckung durch Einlagensicherungssysteme.

Unsere Anlagen waren im vergangenen Jahr vom Herabstufungstrend der Ratingagenturen betroffen. Das Durchschnittsrating sank im Direktbestand zum Jahresende 2011 um einen Notch auf „A+“ (2010: „AA-“).

Zinsänderungsrisiken durch steigende Zinsen haben für die PKDW aufgrund der langfristigen Verpflichtungen primär bilanziellen Charakter. Wir steuern diese bilanziellen Risiken insbesondere durch eine starke Betonung des Direktbestandes. Weiterhin verändern wir die Mittelbindungsfristen, um auf Zinsänderungen zu reagieren.

Dem Konzentrationsrisiko begegnen wir in der Pensionskasse durch Limitobergrenzen auf Schuldner- und Konzernebene. Mit unseren Limiten liegen wir weit unterhalb der aufsichtsrechtlich möglichen Quoten und sehen das Portfolio als sehr breit gestreut an. Eine breite Streuung praktizieren wir auch auf Länder- und Emittenten-Gruppenebene.

Die nebenstehende Tabelle gibt Auskunft über die Länderaufteilung der festverzinslichen Wertpapiere und setzt das Volumen ins Verhältnis zu den gesamten Kapitalanlagen. Neben dem Rentendirektbestand sind auch die über Spezialfonds gehaltenen Anleihen enthalten. Die letzten Spalten informieren über das Volumen bzw. die Anteile an Staats- bzw. Länderanleihen.

Die Zeitwerte der Papiere aller aufgeführten Länder übersteigen die Buchwerte um TEuro 20.786. Die Zeitwerte der Staatstitel der aufgeführten Länder liegen um TEuro 10.209 unterhalb der Buchwerte.

Länderrisiken bei festverzinslichen Wertpapieren (Gesamtbestand)

Emittent	Länder		davon Staatsanleihen	
	Buchwerte in Euro	Buchwert in % der Kapitalanlagen	Buchwerte in Euro	Buchwert in % der Kapitalanlagen
Deutschland	732.562.134	54,11 %	5.176.791	0,38 %
Großbritannien	66.308.117	4,90 %	0	0,00 %
Frankreich	60.720.167	4,49 %	6.303.746	0,47 %
Niederlande	53.492.815	3,95 %	1.417.682	0,10 %
Spanien	42.003.495	3,10 %	9.162.058	0,68 %
Irland	33.842.352	2,50 %	11.748.580	0,87 %
Italien	26.558.038	1,96 %	10.330.679	0,76 %
USA	23.273.998	1,72 %	0	0,00 %
Österreich	20.710.290	1,53 %	594.203	0,04 %
Portugal	16.733.294	1,24 %	8.962.070	0,66 %
Dänemark	14.307.610	1,06 %	0	0,00 %
Norwegen	12.820.246	0,95 %	0	0,00 %
Schweden	8.207.619	0,61 %	0	0,00 %
Polen	6.912.100	0,51 %	6.912.100	0,51 %
Slowenien	6.158.260	0,45 %	6.158.260	0,45 %
Luxemburg	4.083.549	0,30 %	0	0,00 %
Tschechien	3.545.936	0,26 %	2.529.647	0,19 %
Brasilien	3.317.869	0,25 %	0	0,00 %
Rumänien	2.894.122	0,21 %	2.894.122	0,21 %
Litauen	2.506.164	0,19 %	2.506.164	0,19 %
Kaiman	2.256.109	0,17 %	0	0,00 %
Zypern	1.990.920	0,15 %	1.990.920	0,15 %
Kanada	1.983.540	0,15 %	0	0,00 %
Schweiz	1.865.665	0,14 %	0	0,00 %
Supranational	1.726.046	0,13 %	405.785	0,03 %
Estland	1.001.407	0,07 %	0	0,00 %
Kroatien	966.000	0,07 %	966.000	0,07 %
Slowakei	847.903	0,06 %	847.903	0,06 %
Belgien	825.798	0,06 %	747.024	0,06 %
Marokko	748.292	0,06 %	748.292	0,06 %
Finnland	600.747	0,04 %	0	0,00 %
Neuseeland	589.033	0,04 %	0	0,00 %
Australien	537.294	0,04 %	0	0,00 %
Britische Jungfern	506.686	0,04 %	0	0,00 %
Griechenland	490.000	0,04 %	490.000	0,04 %
Jersey	447.544	0,03 %	0	0,00 %
Südkorea	401.265	0,03 %	0	0,00 %
Mexiko	106.398	0,01 %	106.398	0,01 %

Chancen- und Risikobericht

Aktien und Beteiligungen

Angesichts der bilanziellen und wirtschaftlichen Risiken gehen wir Aktienanlagen nur innerhalb von festgelegten Risikobudgets ein und bedienen uns ggf. Wertsicherungsstrategien unter Einsatz von Optionen und Futures. Wir lassen diese Anlagekategorie von Banken und spezialisierten Wertpapierhäusern in der Regel im Rahmen von Spezialfondsmandaten verwalten. Hier sind wir in den Anlageausschüssen dieser Fonds vertreten und steuern hierüber auch die Risikosituation der Pensionskasse.

Beteiligungen haben wir in den vergangenen Jahren vor allem im Segment Private Equity erhöht. Wie bei Aktien wird auch hier der Bestand über Risikobudgets gesteuert. Aus Diversifikationsgründen halten wir den Schwerpunkt unserer Engagements in Dachfonds. Weiterhin streuen wir über verschiedene Anlageschwerpunkte. Beide Maßnahmen sollen zu einer Verminderung der Volatilität der Marktwerte des Gesamtengagements beitragen.

Immobilien

Bei Immobilien bestehen unter Risikogesichtspunkten insbesondere Vermietungs- und langfristige Ergebnisrisiken. Beide Risiken werden durch laufende Überwachung der Immobilienanlagen aktiv gesteuert. Die Vermietungsrisiken werden insbesondere durch eine sorgfältige Auswahl der Mieter (z. B. durch Einholung von Bonitätsauskünften) sowie ein zeitnahes, standardisiertes Mahnwesen reduziert.

Die im Immobilienmarkt vorhandenen Risiken beobachten wir weiterhin sorgfältig und bilden bei Überschrei-

ten von bestimmten Risikowerten zusätzliche Wertberichtigungen.

Wir steuern das langfristige Ergebnisrisiko der Immobilienanlage durch eine zeitliche und nutzungsorientierte (aktueller Schwerpunkt bei Wohnimmobilien) Streuung von Immobilienengagements und eine laufende Ergebniskontrolle.

Steuerungsmaßnahmen

Folgende Steuerungsmaßnahmen wurden im Kapitalanlagebereich in 2011 zur Risikobegrenzung durchgeführt:

Der Nachrangbereich wurde aktiv reduziert. Die Aktienposition wurde zugunsten des Rentendirektbestandes zurückgefahren. Durch Käufe, die durch unser Tiefzinsmodell ausgelöst wurden bzw. weitere Vorkäufe im Rentendirektbestand konnten wir die Qualität der Bedeckung bzw. der mittelfristigen Ergebnisplanung aufrechterhalten.

5. Leistungseintritt

Hauptrisiko ist, dass die Leistungen nicht erbracht werden können weil Mittel nicht verfügbar sind (Liquiditätsrisiko). Im Rahmen des Liquiditätsrisikos nach MaRisk wird geprüft, ob auf Sicht eines Jahres ausreichend liquide Mittel zur Verfügung stehen, um die Zahlungsausgänge des Jahres abzudecken. Das Liquiditätsrisiko spielt für uns aktuell eine untergeordnete Rolle.

Für die festverzinslichen Papiere des Direktbestandes ist eine Durationsuntergrenze festgelegt.

6. Rentenphase

Gemeint sind Risiken aus betriebsrentenrechtlichen oder sozialversicherungsrechtlichen Normen zur Höhe und Zusammensetzung der Rentenleistungen sowie Risiken der Biometrie.

Dabei stehen das Langlebkeitsrisiko als versicherungstechnisches Risiko und operationelle Risiken, im Wesentlichen rechtlicher Art, im Mittelpunkt. Neben den bereits genannten versicherungstechnischen spielen in der PKDW Risiken aus Ungleichbehandlung, Leistungsherabsetzung und Rentenanpassungsprüfungsverpflichtung der Arbeitgeber eine wesentliche Rolle.

Zielerreichung

i.) Die Unternehmensziele wurden im Jahr 2011 erfüllt. So wurde für das vergangene Jahr ein positives Geschäftsergebnis erzielt. Die Ziele im Mitgliederbereich wurden erreicht.

Durch 4.580 Neumitglieder konnte der Versichertenbestand zum Stichtag auf 80.528 (Ziel 80.000; Vj. 76.662) Personen erhöht werden. Das Beitragsvolumen konnte um 9,1% auf TEuro 62.694 (Vj. TEuro 57.456) gesteigert werden. Das Ziel einer Beitragsstabilisierung wurde damit übertroffen.

ii.) Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich Solvabilität, Stresselastizität und Bedeckung wurden durchgängig erfüllt.

iii.) Das Risikomanagementsystem wird seit 2010 unter Berücksichtigung der Anforderungen der MaRisk durchgeführt und weiterentwickelt. Dadurch wurde auch das dritte Ziel erfüllt.

Ausblick

Größere Risiken können sich zukünftig im Bereich der Kapitalanlage vor allem aus der geplanten Beteiligung von Gläubigern an den Lasten von Schuldnersanierungen (Staatstitel, Bankennachrang) ergeben. Als Steuerungsinstrument operieren wir heute schon mit Streuungsquoten, die pro Schuldner deutlich weniger Volumen erlau-

Chancen- und Risikobericht

ben, als aufsichtsrechtlich möglich wäre. Weiterhin achten wir auf die Bonität der Schuldner, was sich im Rating (98 % unserer Anlagen besitzen ein Investmentgraderating; Vj. 99 %), in der Sicherungskonstruktion der Anlage sowie der in der Regel hervorragenden Marktstellung bzw. Systemrelevanz unserer Schuldner widerspiegelt.

Wir befinden uns aktuell in einer Phase historisch tiefer Zinsen. Das Niveau der Swapsätze hat sich von der zu erzielenden Passivseite signifikant entfernt und liegt Ende 2011 deutlich unterhalb der Passivanforderung. Die Höhe der aktuell überdurchschnittlichen Risikoaufschläge lässt Anlagerenditen oberhalb der Passivanforderung noch zu. Ein Rückgang der Aufschläge auf historische Durchschnitte könnte bei längerfristig unverändert tiefem Basiszinsniveau die Bedeckung der Passivseite gefährden.

Chancen- und Risikobericht

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2011

	Anwärter		Invaliden- und Altersrenten			Hinterbliebenenrenten					
			Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten ²⁾	Witwen	Witwer	Summe der Jahresrenten ²⁾			
	Anzahl	Frauen	Anzahl	Anzahl		Euro	Anzahl	Anzahl	Waisen	Waisen	
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	39.234	22.826	8.364	2.509	41.572.095	3.504	130	95	7.064.549	229.837	51.235
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern . . .	2.944	1.631	509	313	2.182.575	231	8	9	510.656	15.066	3.783
2. sonstiger Zugang ¹⁾		5			15.087				1.425	45	52
3. gesamter Zugang	2.944	1.636	509	313	2.197.662	231	8	9	512.081	15.111	3.835
III. Abgang während des Geschäftsjahres											
1. Tod	76	22	312	52	1.262.090	159	2		315.034	3.971	
2. Beginn der Altersrente	487	298	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	22	7	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	-	-	125	140				15			9.765
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen . . .	20	16									
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen . . .	12	4	-	-	-	-	-	-	-	-	-
7. sonstiger Abgang		5			413.537				71.828	1.207	309
8. gesamter Abgang	622	347	437	192	1.675.627	169	2	15	386.862	5.178	10.074
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	41.556	24.115	8.436	2.630	42.094.130	3.566	136	89	7.189.768	239.770	44.996
davon											
1. beitragsfreie Anwartschaften	7.249	6.477									
2. in Rückdeckung gegeben											

¹⁾ z. B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente.

²⁾ Einzusetzen ist hier der Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt.

Jahresabschluss 2011

Bilanz zum 31. Dezember 2011

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

Anhang

Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft VVaG
vormals Pensionskasse der chemischen Industrie Deutschlands VVaG
47051 Duisburg

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011

Aktivseite

	Euro	Euro	Euro	Euro	Vorjahr Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				82.976,51	95.758,51
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			94.191.987,86		89.653.774,78
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		10.937.000,00			10.937.000,00
2. Beteiligungen		20.536.706,90	31.473.706,90		14.678.025,73
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		154.670.523,99			185.598.024,54
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		332.803.159,41			270.225.784,93
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	349.711.752,16				291.216.845,47
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	368.662.610,62	718.374.362,78			425.116.827,38
4. Einlagen bei Kreditinstituten		22.000.000,00	1.227.848.046,18	1.353.513.740,94	11.310.153,35
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice				212.366,18	154.387,56
D. Forderungen					
I. Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft an: Versicherungsnehmer			4.465.749,16		4.805.795,29
II. Sonstige Forderungen			1.008.077,75	5.473.826,91	1.330.653,69
davon:					
an verbundene Unternehmen: 646.392,77 Euro					(885.764,75)
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0,00 Euro					(0,00)
E. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			246.703,59		240.535,45
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			2.494.187,90	2.740.891,49	2.350.245,62
F. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			21.676.133,93		20.575.754,04
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			0,00	21.676.133,93	418.733,73
			Summe der Aktiva	1.383.699.935,96	1.328.708.300,07

Ich bestätige hiermit gemäß § 73 VAG, dass die in den Vermögensverzeichnissen aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Gelsenkirchen, 27. März 2012

Der Treuhänder

Dr. Reiner Foer

Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft VVaG
vormals Pensionskasse der chemischen Industrie Deutschlands VVaG
47051 Duisburg

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011

Passivseite

	Euro	Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
Gewinnrücklagen			
Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		42.798.909,51	42.299.432,00
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung	1.299.073.591,00		1.243.801.239,00
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	703.189,39		507.972,29
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	<u>31.194.075,72</u>	1.330.970.856,11	27.874.498,26
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird			
Deckungsrückstellung		212.366,18	154.387,56
D. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.334.180,00		1.245.213,00
II. Sonstige Rückstellungen	<u>5.609.752,35</u>	6.943.932,35	9.445.866,55
E. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	333.058,11		751.498,04
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00		44.311,21
III. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>2.334.059,45</u>	2.667.117,56	2.232.701,98
davon:			
aus Steuern: 21.015,32 Euro			(26.774,95)
im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0,00 Euro			(0,00)
F. Rechnungsabgrenzungsposten		106.754,25	351.180,18
	Summe der Passiva	<u>1.383.699.935,96</u>	<u>1.328.708.300,07</u>

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellungen nach dem zuletzt am
 10. 11. 2011 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden sind.

Köln, 26. März 2012

Der verantwortliche Aktuar

Hartmut Engbroks

Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft VVaG
vormals Pensionskasse der chemischen Industrie Deutschlands VVaG
47051 Duisburg

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

Posten

	Euro	Euro	Euro	Vorjahr Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge			62.694.252,71	57.456.048,60
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung			3.410.415,09	3.103.625,82
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		1.609.021,94		1.076.526,08
davon: aus verbundenen Unternehmen 457.928,85 Euro				(547.121,60)
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und	7.992.884,03			7.789.398,61
Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken				
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	48.709.816,28	56.702.700,31		54.502.399,46
c) Erträge aus Zuschreibungen		1.996.231,85		2.626.836,61
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		3.008.063,13	63.316.017,23	225.955,19
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			0,00	4.007,78
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge			187,67	2.379,97
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		51.547.809,92		51.368.329,70
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte				
Versicherungsfälle		195.217,10	51.743.027,02	168.496,32
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen				
Rückstellungen				
Deckungsrückstellung			55.330.330,62	48.872.471,78
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige				
Beitragsrückerstattungen			6.729.992,55	10.631.793,75
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb				
a) Abschlussaufwendungen		407.280,97		442.718,49
b) Verwaltungsaufwendungen		986.015,16	1.393.296,13	860.335,28
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsauf-				
wendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		4.612.120,56		4.711.460,95
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		6.182.962,90		5.830.389,17
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		1.816.559,69	12.611.643,15	585.620,00
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			1.161,38	0,00
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen			1.435,63	837,82
13. Versicherungstechnisches Ergebnis			1.609.986,22	3.314.724,86
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		220.138,08		53.060,61
2. Sonstige Aufwendungen		1.111.107,28	-890.969,20	7.091.498,08
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			719.017,02	-3.723.712,61
4. Außerordentliche Erträge		0,00		4.693.107,91
5. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		193.634,00
6. Außerordentliches Ergebnis			0,00	(4.499.473,91)
7. Sonstige Steuern			219.539,51	216.193,09
8. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			499.477,51	559.568,21
9. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			499.477,51	559.568,21
10. Bilanzgewinn/Bilanzverlust			0,00	0,00

Anhang

Rechnungslegungsvorschriften

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches unter Beachtung des Versicherungsaufsichtsgesetzes in der jeweils gültigen Fassung und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt worden.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Grundstücke und Gebäude sind unter Berücksichtigung planmäßiger linearer Abschreibungen zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, ggf. vermindert um Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB bzw. erhöht um Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, ggf. vermindert um Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB. Bei einer innerhalb der letzten zwei Jahre erworbenen Beteiligung mit einem Buchwert von TEuro 1.250 (Zeitwert TEuro 1.137) ist die Abschreibung unterblieben, da es sich um anlaufbedingte Wertminderungen handelt.

Aktien und Investmentanteile sowie Inhaberschuldverschreibungen, mit Ausnahme von zwei zum kurzfristigen Verkauf vorgesehenen Anleihen mit einem Buchwert von zusammen TEuro 696, sind dem Anlagevermögen zugeordnet (§ 341b Abs. 2 HGB).

Aktien des Anlagevermögens wurden mit den Anschaffungskosten, ggf. vermindert um Abschreibungen bzw. erhöht um Zuschreibungen auf den Zeitwert gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 und Abs. 5 HGB bilanziert.

Investmentanteile des Anlagevermögens wurden mit den Anschaffungskosten, ggf. vermindert um Abschreibungen bzw. erhöht um Zuschreibungen auf den beizulegenden Wert gemäß § 341b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 3 und Abs. 5 HGB bewertet; abgeschrieben wird auf den Marktwert oder auf einen im Rahmen einer Einzelanalyse der in den Fonds enthaltenen Titel ermittelten höheren beizulegenden Wert. Von einer Abschreibung auf den niedrigeren Börsenkurs wird abgesehen, wenn der Stichtagskurs auf einer nur vorübergehenden Wertminderung beruht (gemildertes Niederstwertprinzip). Die aufgrund der Zuordnung zum Anlagevermögen unterbliebenen Abschreibungen auf Investmentanteile betragen TEuro 3.290.

Bei den Inhaberschuldverschreibungen des Anlagevermögens erfolgt die Bewertung gemäß § 341b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 3 und Abs. 5 HGB zum beizulegenden Wert. Vorhandene Agien werden über die Laufzeit ratierlich aufgelöst. Durch die Zuordnung zum Anlagevermögen konnte bei Buchwerten von TEuro 160.908 (Zeitwerte TEuro 136.061) auf Abschreibungen in Höhe von TEuro 24.847 verzichtet werden, da Rückzahlungen zum Nennwert erfolgen bzw. durch die jeweiligen Sicherungssysteme die Bonität sichergestellt ist. Die im Bestand befindliche griechische Staatsanleihe wurde zum Börsenwert angesetzt und daher mit TEuro 1.819 abgeschrieben. Bonitätsbedingt wurden Abschreibungen auf Nachranganleihen in Höhe von TEuro 16 vorgenommen. In Vorjahren vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen wurden z.T. durch Zuschreibungen wieder aufgeholt. Bei

Vorkäufen von Inhaberschuldverschreibungen wurde auf die Bildung einer Drohverlustrückstellung verzichtet, da die Papiere dem Anlagevermögen zugeordnet wurden.

Inhaberschuldverschreibungen des Umlaufvermögens werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen gemäß § 341b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 4 HGB bewertet.

Die sonstigen Ausleihungen werden erstmals gemäß § 341b Abs. 1 HGB i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 5 HGB zu Anschaffungskosten bilanziert. Auf die Anwendung des Wahlrechts für Namensschuldverschreibungen gem. § 341c Abs. 1 HGB wurde verzichtet. Vorhandene Agien bzw. Disagien werden über die Laufzeit ratierlich aufgelöst. Wegen der Sicherungssysteme konnte bei Buchwerten von TEuro 96.057 (Zeitwerte TEuro 81.187) auf Abschreibungen in Höhe von TEuro 14.869 ebenfalls verzichtet werden.

Zum Bilanzstichtag befinden sich 37 Zerobond-Namenspapiere im Bestand, die zu Anschaffungskosten zzgl. kapitalisierter Zinsen ausgewiesen werden.

Die Einlagen bei Kreditinstituten sind mit den Nominalwerten bilanziert.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice werden zum Zeitwert am Abschlussstichtag bewertet.

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer sowie sonstige Forderungen sind, ggf. nach Abschreibungen erkennbar zweifelhafter Einzelbeträge und nach Abzug pauschaler Wertberichtigungen wegen des allgemeinen Kreditrisikos bei Forderungen an Versicherungs-

Anhang

nehmer sowie Mieter, mit ihren Nominalwerten bzw. verbleibenden Nominalwerten bilanziert.

Die Sachanlagen und die immateriellen Werte werden entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Die übrigen Aktivposten sind mit ihren Nominalwerten bilanziert, ggf. unter Berücksichtigung von Abschreibungen und Wertberichtigungen.

Die Deckungsrückstellung (Bilanzposten Passiva B.I.) und die Rückstellung für Beitragsrückgewähr sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen vom versicherungsmathematischen Sachverständigen geschäftspiangemäß errechnet. Hierbei ist die prospektive Methode mit impliziter Berücksichtigung der künftigen Kosten für den laufenden Versicherungsvertrag einzelvertraglich angewendet worden. Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden für Beitragszahlungen bis 31.12.2003 die Richttafeln 1983 von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins in Höhe von 4 %

verwendet. Die für die einzelnen Teilbestände verwendeten Sterbewahrscheinlichkeiten wurden dabei entsprechend den Notwendigkeiten modifiziert. Dabei wurden die Sterbewahrscheinlichkeiten für Rentner und Witwen(r) altersabhängig auf bis zu 50 % reduziert. Zusätzlich wurden die Verheiratungswahrscheinlichkeiten sowie die Invalidisierungswahrscheinlichkeiten angepasst.

Für Beitragszahlungen ab 01.01.2004 werden die biometrischen Rechnungsgrundlagen den Richttafeln 1998 von Prof. Dr. Klaus Heubeck entnommen, wobei die Sterbewahrscheinlichkeiten für Rentner und Witwen(r) auf bis zu 50 % reduziert wurden. Zusätzlich wurden die Invalidisierungswahrscheinlichkeiten angepasst. Der Rechnungszins beträgt für Neuversicherungen bis 31.12.2006 3%. Für Neumitglieder ab dem 01.01.2007 wird ein Rechnungszins von 2,25 % verwendet.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird in

Höhe der geschätzten Zahlungsansprüche gebildet.

Die Deckungsrückstellung für die Fondsgebundene Lebensversicherung errechnet sich einzelvertraglich nach der retrospektiven Methode aus dem Wert der am Bilanzstichtag vorhandenen Fondsanteile, wobei die Bewertung gemäß § 341d HGB mit dem Zeitwert erfolgt.

Die Pensionsrückstellungen sind im Rahmen des § 253 Abs. 1 und 2 HGB nach dem Teilwertverfahren unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszinssatz von 5,14 % ermittelt. Die Herleitung der zu bewertenden Rentenanspruchsverläufe ist gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben.

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe ihres voraussichtlichen Erfüllungsbetrages bilanziert.

Die übrigen Passivposten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen bilanziert.

Weitere Pflichtangaben

Kapitalanlagen	31.12.2011		Reserven Euro	31.12.2010 Reserven Euro
	Buchwerte Euro	Zeitwerte Euro		
Grundstücke	94.191.987,86	102.041.523,00	7.849.535,14	7.179.241,49
Beteiligungen	31.473.706,90	33.835.371,01	2.361.664,11	71.539,86
Aktien	3.622.000,00	3.622.000,00	0,00	0,00
Investmentanteile	151.048.523,99	149.640.925,26	-1.407.598,73	1.449.415,56
Festverzinsliche Wertpapiere	332.803.159,41	319.104.509,36	-13.698.650,05	-3.890.939,25
Namenschuldverschreibungen	349.711.752,16	380.361.261,03	30.649.508,87	14.760.426,33
Schuldscheindarlehen	368.662.610,62	374.165.029,28	5.502.418,66	7.915.091,31
	1.331.513.740,94	1.362.770.618,94	31.256.878,00	27.484.775,30

Anhang

In der vorstehenden Tabelle werden für die in § 54 RechVersV genannten Kapitalanlagen die nach den auf der vorherigen Seite dargestellten Grundsätzen ermittelten Buchwerte den wie nachfolgend beschrieben ermittelten Zeitwerten gegenüber gestellt sowie die sich daraus ergebenden Salden dargestellt.

Die zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Zero-Namenspapiere werden zwecks Ermittlung ihres Zeitwertes in ihre Bestandteile zerlegt und mit vereinfachten Annahmen einzeln bewertet. Hier stehen Buchwerten von TEuro 238.739 Zeitwerte von TEuro 243.880 gegenüber. Auf außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB wird verzichtet, da die Rückzahlung der Anlagen bei Fälligkeit zum Nennwert erfolgt.

Ein im Bestand befindliches Schuldscheindarlehen mit Laufzeit verlängertem Andienungsrecht wird zerlegt bilanziert. Weitere zerlegte Bilanzierungen werden nicht vorgenommen.

Die Bewertung der Namenspapiere erfolgt unter Zugrundelegung von Spreads (Risikoaufschlägen). Besondere Liquiditäts- oder Bonitätsrisiken, die eine Abwertung erforderlich gemacht hätten, sind nicht erkennbar.

Für die Zeitwert-Ermittlung der Wertpapiere wird der Börsenkurswert vom 30.12.2011 zugrunde gelegt.

Für die Grundstücke werden i.d.R. die Marktwerte in einem 5-Jahres-Rhythmus mit Hilfe von externen Gutachten nach dem Ertragswertverfahren er-

mittelt. Im abgelaufenen Jahr wurde keine Neubewertung von Immobilien vorgenommen. Die Gutachten der Grundstücke stammen für zwei neue Immobilien aus 2011, für 13 aus 2010, für 12 aus 2009, für 7 aus 2008 und für 4 Häuser aus 2007. Bei den Grundstücken erfolgten daher Zeitwert-Fortschreibungen auf Basis von Plausibilisierungen bzw. Parameter-Aktualisierungen, die bei 11 Objekten zu Buchwertkorrekturen führten.

Zum Bilanzstichtag bestehen bis 2018 potenzielle Abnahmeverpflichtungen bei Ausübung der Andienungsrechte durch die Darlehensnehmerinnen aus strukturierten Multitranchen-Schuldscheindarlehen der Landesbank Baden-Württemberg Girozentrale, der Commerzbank AG, der HSBC Trinkaus & Burkhardt, der Westdeutschen Landesbank, der Stadtsparkasse Köln-Bonn sowie der NRW Bank in Höhe von insgesamt TEuro 115.000 (Vj. TEuro 140.000). Die Darlehensnehmerinnen sind aufgrund der vertraglichen Ausgestaltung der Schuldscheindarlehen berechtigt, aber nicht verpflichtet, der Darlehensgeberin insgesamt bis zum Jahre 2018 weitere Schuldscheine (Tranchen) in der ursprünglichen Darlehenshöhe zu den jeweils vereinbarten Konditionen anzudienen. Es besteht die Verpflichtung der Pensionskasse als Darlehensgeberin, die angedienten Schuldscheine abzunehmen und die Gegenwerte valutagerecht an die jeweilige Darlehensnehmerin zu zahlen.

Aus einem befristeten Mietvertrag bestehen potenzielle Zahlungsverpflich-

tungen bis 2015 in Höhe von TEuro 245. Weitere Zahlungsverpflichtungen bestehen aus Vorkäufen mit einem negativen Wert von TEuro 899, die auf 9 Inhaberschuldverschreibungen mit einem Buchwert von TEuro 34.421 und 4 Namenspapiere mit einem Buchwert von TEuro 20.162 entfallen.

Im Geschäftsjahr wie im Vorjahr waren keine Vermögensgegenstände, für die im Insolvenzfall Aus- oder Absonderungsrechte geltend gemacht werden können, verpfändet, zur Sicherheit übertragen oder hinterlegt. Ausgenommen sind die Bestände des Sicherungsvermögens (§ 66 VAG) sowie ein Inhaberpapier mit einem Nennwert von TEuro 2.500 (Vj. Termingeld TEuro 1.910), das als Sicherheit für ein Aval hinterlegt wurde.

Auf die Angabe der Zusätze „Brutto“, „Netto“, „selbst abgeschlossen“ und „für eigene Rechnung“ wird verzichtet, da das Versicherungsgeschäft nicht in Rückdeckung gegeben worden ist. Leerpositionen in Bilanz und GuV werden weggelassen, wobei die Posten-Nummerierungen angepasst sind.

Aktiva

Die immateriellen Vermögensgegenstände umfassen ausschließlich die EDV-Software, deren Summe sich bei Zugängen von TEuro 25 und Abschreibungen von TEuro 38 von TEuro 96 auf TEuro 83 vermindert hat.

Die Entwicklung der Kapitalanlagen zeigt die Tabelle auf Seite 37. Je Anlageart sind die Zugänge, die Umbu-

Anhang

chungen, die Abgänge, die Zuschreibungen und die Abschreibungen sowie die Bestände am Anfang und am Ende des Berichtsjahres ersichtlich. Bei Zugängen von TEuro 192.771, Abgängen von TEuro 133.807, Zuschreibungen von TEuro 1.996 und Abschreibungen von TEuro 6.182 ist der Bestand von TEuro 1.298.736 auf TEuro 1.353.514 gestiegen.

Die **Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken** enthalten 15 Geschäftsgebäude und 23 Wohngebäude, von denen 4 Wohngebäude mit einem Bilanzwert von TEuro 128 auf Erbbaurechtsgrundstücken stehen. Zwei Wohngebäude wurden 2011 erworben; ein Geschäfts- und zwei Teileigentumsobjekte wurden verkauft. Der Anteil aller Grundstücke an den Kapitalanlagen ist leicht von 6,9 % auf 7,0 % gestiegen. Außerplanmäßige Abschreibungen wurden nicht erforderlich.

Anteile an verbundenen Unternehmen sind die 100 %igen Beteiligungen an einer GmbH sowie einer GmbH & Co. KG. Beide Gesellschaften stehen in Zusammenhang mit der Verwaltung eigenen Grundbesitzes. Ihr Buchwert ist im Geschäftsjahr unverändert geblieben.

Unter **Beteiligungen** wird der voll eingezahlte Anteil an einer Immobilien-Gesellschaft ausgewiesen, der sich nach Abschreibung von TEuro 100 von bisher TEuro 300 auf TEuro 200 reduziert hat, sowie die Anlage in 9 Beteiligungsgesellschaften für Private-Equity-Fonds ausgewiesen, die sich

um Zugänge von TEuro 6.711, Abgänge von TEuro 542 und Abschreibungen von TEuro 210 von TEuro 14.378 auf TEuro 20.337 erhöht hat.

Die gesamte Einzahlungsverpflichtung für Private-Equity-Engagements beläuft sich auf TEuro 18.796.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere haben bei Zugängen von TEuro 3.487, Abgängen von TEuro 34.045, Zuschreibungen von TEuro 281 und Abschreibungen von TEuro 651 absolut von TEuro 185.598 auf TEuro 154.670 abgenommen. Ihr Anteil an allen Kapitalanlagen hat relativ ebenfalls auf 11,5 % (Vj. 14,3 %) abgenommen. Die Eigenanlagen in Aktien hiervon betragen TEuro 3.622 (Vj. TEuro 3.592) und betreffen wirtschaftlich eine Private Equity-Anlage.

An zwei Investmentfonds ist die Pensionskasse mit mehr als 10 % beteiligt. Es handelt sich hierbei in beiden Fällen um international ausgerichtete, inländische Wertpapier-Mischfonds. Beim PKMF-Fonds liegt der Buchwert bei TEuro 112.217 (Anteilswert TEuro 108.928). Auf eine Abschreibung wurde verzichtet, da der beizulegende Wert TEuro 113.181 beträgt und sich der Anteilswert innerhalb der ersten 5 Wochen des Jahres 2012 bereits wieder auf TEuro 112.416 erhöht hat. Beim MI-Fonds beträgt der Buchwert TEuro 25.000 (Anteilswert TEuro 26.418). Bei beiden Fonds bestehen keine Beschränkungen hinsichtlich der börsentäglichen Rückgabemöglichkeit der Anteile.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere haben sich bei Zugängen von TEuro 111.338, Abgängen von TEuro 46.958, Zuschreibungen von TEuro 32 und Abschreibungen von TEuro 1.834 absolut von TEuro 270.225 auf TEuro 332.803 erhöht. Ihr Anteil an allen Kapitalanlagen hat sich von 20,8 % auf 24,6 % erhöht. Die ratiellen Agioauflösungen auf die im Anlagevermögen befindlichen Inhaberpapiere nach § 341b HGB in Höhe von TEuro 275 werden unter den Abgängen mit erfasst.

Namenschuldverschreibungen haben bei Zugängen von TEuro 46.882, Umbuchungen von TEuro 16.711 und Abgängen von TEuro 5.098 absolut von TEuro 291.217 auf TEuro 349.712 zugenommen und relativ von 22,4 % auf 25,8 %, vom Gesamtbestand der Kapitalanlagen gerechnet, ebenfalls zugenommen.

Schuldscheinforderungen und Darlehen weisen Zugänge von TEuro 6.515, Umbuchungen von TEuro –16.711 und Abgänge von TEuro 46.258 auf und haben absolut von TEuro 425.117 auf TEuro 368.663 sowie relativ von 32,7 % auf 27,2 % der Kapitalanlagen abgenommen.

Einlagen bei Kreditinstituten wurden im Jahresverlauf für freie Mittel kurzfristig als Tages- oder Termingelder gehalten, bis sie in größeren Beträgen langfristig angelegt wurden. Der Schlussbestand beträgt zum Jahresende TEuro 22.000 (Vj. TEuro 11.310) oder 1,6 % (Vj. 0,9 %) aller Kapitalanlagen.

Anhang

Entwicklung der Aktivposten A, B I bis III im Geschäftsjahr 2011

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr TEuro	Zugänge TEuro	Um- buchungen TEuro	Abgänge TEuro	Zuschrei- bungen TEuro	Abschrei- bungen TEuro	Bilanzwerte Geschäftsjahr TEuro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	96	25				38	83
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	89.654	7.148		906	1.683	3.387	94.192
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	10.937						10.937
2. Beteiligungen	14.678	6.711		542		310	20.537
3. Summe B. II.	25.615	6.711		542		310	31.474
B. III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	185.598	3.487		34.045	281	651	154.670
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	270.225	111.338		46.958	32	1.834	332.803
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	291.217	46.882	16.711	5.098			349.712
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	425.117	6.515	-16.711	46.258			368.663
4. Einlagen bei Kreditinstituten	11.310	10.690					22.000
5. Summe B. III.	1.183.467	178.912		132.359	313	2.485	1.227.848
insgesamt	1.298.832	192.796		133.807	1.996	6.220	1.353.5972

Anhang

Als **Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice**n sind entsprechend § 14 RechVersV unter diesem Posten die Zeitwerte der Kapitalanlagen der fondsgebundenen Lebensversicherung ausgewiesen. Diese Kapitalanlagen sind zur Bedeckung der entsprechenden Passiva bestimmt. Der Anlagestock besteht aus 2.009,521 (Vj. 1.442,470) Anteilseinheiten des Fonds MI-Fonds 434 Metzler PKDW International.

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer sind insbesondere Beiträge für 2011, die am 31.12.2011 fällig waren und überwiegend Anfang 2012 eingegangen sind. Sie betragen zum Jahresende TEuro 4.466 (Vj. TEuro 4.806). Abschreibungen wurden nur geringfügig (Vj. TEuro 1) erforderlich.

Die **Sonstigen Forderungen** betreffen mit TEuro 309 (Vj. TEuro 385) fällige Mietforderungen. Diese sind um Wertberichtigungen von TEuro 286 (Vj. TEuro 299) gemindert. Weiterhin sind Forderungen an verbundene Unternehmen mit TEuro 646 (Vj. TEuro 886) sowie weitere kleinere Forderungen mit zusammen TEuro 53 (Vj. TEuro 45) enthalten.

Die **Sachanlagen und Vorräte** betreffen die der Geschäftsstelle dienende Ausstattung sowie die Einbauten in gemieteten Räumen. Der Bestand der Sachanlagen und Vorräte hat bei Zugängen von TEuro 79 (Vj. TEuro 124), Abgängen von TEuro 0 (Vj. TEuro 14) und Abschreibungen in Höhe von TEuro 73 (Vj. TEuro 66) von

TEuro 241 auf TEuro 247 zugenommen.

Die **Laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand** sind die Bestände der Kasse mit TEuro 3 (Vj. TEuro 3) sowie die laufenden Guthaben bei Kreditinstituten mit einer Summe von TEuro 2.491 (Vj. TEuro 2.348).

Rechnungsabgrenzungsposten betreffen noch nicht fällige Zinsforderungen aus Sonstigen Ausleihungen mit TEuro 10.943 (Vj. TEuro 11.478) und aus festverzinslichen Wertpapieren mit TEuro 8.895 (Vj. TEuro 7.414) sowie Mietforderungen aus noch nicht abgerechneten Nebenkosten mit TEuro 1.838 (Vj. TEuro 1.684). Letzteren stehen geleistete Abschlagszahlungen gegenüber, die als Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen sind. Weiterhin waren hier im Vorjahr Agiobeträge für Sonstige Ausleihungen mit TEuro 419 enthalten, die in 2011 erstmals mit den bisher auf Nennwert-Basis angesetzten Bilanzwerten dieser Papiere verrechnet wurden.

Passiva

Die **Verlustrücklage gemäß § 37 VAG** hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEuro 500 (Vj. TEuro 559) von TEuro 42.299 auf TEuro 42.799 erhöht.

Die **Deckungsrückstellung** unter Bilanzposten **B. Versicherungstechnische Rückstellungen** hat sich aufgrund höherer Anwartschaften und Ansprüche um TEuro 55.273 (Vj. TEuro 48.802) von TEuro 1.243.801 auf TEuro 1.299.074 erhöht.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** enthält individuell und pauschal ermittelte Beträge für laufende Pensionen, die nach Erfüllung der Zahlungsvermutungen ausgezahlt werden. Sie hat sich von TEuro 508 um TEuro 195 auf TEuro 703 erhöht.

Die Entwicklung der **Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (RfB)** sowie ihre Aufteilung in einen gebundenen und einen freien Teilbetrag ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen. Ein Teil der RfB ist der Schlussüberschussanteil-Fonds. Seine Ermittlung erfolgt einzelvertraglich auf Basis der Deckungsrückstellung. Er beträgt nach Zuführung von TEuro 7.733 (Vj. TEuro 6.546) und Entnahmen in Höhe von TEuro 603 (Vj. TEuro 358) zum Ende 2011 TEuro 17.347 (Vj. TEuro 10.217).

Anhang

	2011	2010
	TEuro	TEuro
Stand am 1. Januar	27.874	20.346
Zuführungen	6.730	10.632
Entnahmen	3.410	3.104
Stand am 31. Dezember	31.194	27.874
davon entfallen:		
– auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	27	13
– auf den Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird	3.068	3.671
– auf den ungebundenen Teil	28.099	24.190

Die **Deckungsrückstellung** unter Bilanzposten **C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird** wurde für Ansprüche aus Beiträgen nach Tarif E in Höhe von TEuro 212 (Vj. TEuro 154) gebildet und errechnet sich einzelvertraglich nach der retrospektiven Methode aus dem Wert der am Bilanzstichtag vorhandenen Fondsanteile, wobei die Bewertung gemäß § 341d HGB mit dem Zeitwert erfolgt.

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** decken mit TEuro 1.334 (Vj. TEuro 1.245) dienstvertragliche Versorgungsverpflichtungen ab. Der aus der rechnermäßigen Verzinsung resultierende Aufwand von TEuro 64 (Vj. TEuro 50) wird unter der GuV-Position II.2. Sonstige Aufwendungen gezeigt.

Die **Sonstigen Rückstellungen** von TEuro 5.610 (Vj. TEuro 9.446) sind gebildet im Wesentlichen für Risiken aus der Gleichstellung von Frauen und Männern. Daneben bestehen noch

Rückstellungen für Prozesskosten, Resturlaub, Jahresabschlusskosten, Grundstücksaufwendungen sowie zwei weitere kleinere Posten.

Die **Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern** mit TEuro 333 (Vj. TEuro 751) sind hauptsächlich Überzahlungen und für 2012 vorausgezählte Beiträge.

Die **Sonstigen Verbindlichkeiten** sind mit TEuro 1.838 (Vj. TEuro 1.684) Abschlagszahlungen auf noch nicht abgerechnete Betriebskosten der Häuser, mit TEuro 68 (Vj. TEuro 103) Verbindlichkeiten gegenüber Mietern, mit TEuro 21 (Vj. TEuro 27) Umsatzsteuer-Verbindlichkeiten, mit TEuro 9 (Vj. TEuro 0) Verbindlichkeiten gegenüber Hausverwaltern, mit TEuro 8 (Vj. TEuro 8) Sicherheitseinhalte gegenüber Handwerkern, mit TEuro 73 (Vj. TEuro 68) Verbindlichkeiten aus Verwaltungskosten, mit TEuro 33 (Vj. TEuro 31) aus Verbindlichkeiten an verbundene Unternehmen und mit TEuro 65 (Vj. TEuro 85) Verbindlichkeiten aus Honoraren.

Weitere TEuro 212 (Vj. TEuro 212) entfallen auf die Optionsprämie für eine Multitranchen-Ausleihung. Der Rest entfällt auf kleinere Posten mit zusammen TEuro 7 (Vj. TEuro 8).

Die **Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten lediglich noch Mietvorauszahlungen mit TEuro 107 (Vj. TEuro 114). Weiterhin waren hier im Vorjahr Disagiobeträge für Sonstige Ausleihungen mit TEuro 197 enthalten, die in 2011 erstmals mit den bisher auf Nennwert-Basis angesetzten Bilanzwerten dieser Papiere verrechnet wurden.

Anhang

Gewinn- und Verlustrechnung

Die **Verdienten Beiträge** (ohne übernommene Anwartschaften) sind ausschließlich Beitragseinnahmen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft. Sie zeigen folgende Entwicklung:

Beitragsart	2011 TEuro	2010 TEuro	Veränderungen	
			TEuro	%
Laufende Beiträge				
1. Firmenmitglieder	57.039	51.907	+ 5.132	+ 9,89
2. Einzelmitglieder	5.363	5.368	- 5	- 0,09
	62.402	57.275	+ 5.127	+ 8,95
Einmalbeiträge				
1. Firmenmitglieder	0	12	- 12	
2. Einzelmitglieder	- 8	0	- 8	
3. Übernommene Anwartschaften	300	169	+ 131	
	292	181	+ 111	
Gesamtbeiträge	62.694	57.456	+ 5.238	+ 9,12

Insgesamt sind die Beiträge gegenüber dem Vorjahr weiter gestiegen. Die laufenden Beiträge haben im Berichtsjahr wiederum stark um TEuro 5.127 (Vj. TEuro 5.238) oder 8,95 % (Vj. 10,07 %) zugenommen. Die Einmalbeiträge haben um TEuro 111 ebenfalls zugenommen (Vj. Abnahme TEuro 71).

Die **Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung** sind mit TEuro 2.791 (Vj. TEuro 2.724) Beträge zur Finanzierung der in die Deckungsrückstellung eingestellten Gewinnanteile ab 01.07.2011, mit TEuro 603 (Vj. TEuro 358) Schlussüberschussfonds-Anteile sowie mit TEuro 16 (Vj. TEuro 21) Beiträge zur Finanzierung von Zurechnungszeiten im Tarif V.

Die **Erträge aus Beteiligungen** (GuV-Position I.3.a)) beinhalten mit TEuro 458 (Vj. TEuro 547) die Jahresüberschüsse der verbundenen Unternehmen. Daneben sind noch Erträge in Höhe von TEuro 1.151 (Vj. TEuro 530) aus weiteren Beteiligungen enthalten.

Die **Grundstückserträge** (GuV-Position I.3.b)aa)) beinhalten im Geschäftsjahr entstandene Mieterträge mit TEuro 6.085 (Vj. TEuro 5.968) sowie Abrechnungserträge mit TEuro 1.908 (Vj. TEuro 1.821). Die von der KG verwalteten Immobilien haben Mieterträge von TEuro 920 (Vj. 913) erzielt, die unter den Erträgen aus Beteiligungen erfasst sind.

Die **Erträge aus anderen Kapitalanlagen** (GuV-Position I.3.b)bb)) enthalten:

	2011 TEuro	2010 TEuro
Zinsen für		
Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen	33.993	34.605
Wertpapiere und Anteile	14.634	20.044
Festgelder, Termingelder und Sparguthaben bei Kreditinstituten	83	17
und ähnliche Erträge aus Agien und Disagien von Darlehen und Kostenerstattungen	0	- 164
	48.710	54.502

Die **Erträge aus Zuschreibungen** sind mit TEuro 1.683 (Vj. TEuro 1.446) teilweise rückgängig gemachte Sonderabschreibungen auf Immobilien sowie teilweise rückgängig gemachte Kurswertabschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens (TEuro 313 nach Vj. TEuro 1.181).

Die **Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen** sind mit TEuro 2.992 (Vj. TEuro 226) bei Wertpapieren sowie mit TEuro 16 (Vj. TEuro 0) bei Immobilien angefallen.

Die **Sonstigen versicherungstechnischen Erträge** enthalten nur geringfügige Ausbuchungen von Konto- und Überweisdifferenzen (Vj. TEuro 2).

Die **Aufwendungen für Versicherungsfälle** sind die mit unbefristetem Rechtsanspruch gewährten Pensionen mit TEuro 50.917 (Vj. TEuro 50.766) zuzüglich abgegebene Anwartschaften mit TEuro 181 (Vj. TEuro 144) und Regulierungsaufwendungen von TEuro 449 (Vj. TEuro 457) sowie die Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle mit TEuro 195 (Vj. TEuro 168). Die Regulierungsaufwendungen wurden mit einem auf Basis der Personalaufwendungen errechneten Prozentsatz aus den Verwaltungskosten ermittelt.

Anhang

Die Pensionszahlungen haben sich wie folgt entwickelt:

	2011 TEuro	2010 TEuro	Veränderungen TEuro %	
Alterspensionen	42.271	42.056	+ 215	+ 0,51
Berufsunfähigkeitspensionen	1.073	1.121	- 48	- 4,28
Witwen(r)pensionen	7.534	7.533	+ 1	+ 0,01
Waisenpensionen	40	58	- 18	- 31,03
	50.918	50.768	+ 150	+ 0,30

Die gezahlten Pensionen haben um TEuro 150 (Vj. TEuro 325) oder 0,30 % (Vj. 0,64 %) zugenommen. Die durchschnittlichen Jahresbeträge je Pensionär haben sich wie folgt verändert:

Jahresbetrag je Empfänger von	2011 Euro	2010 Euro	Veränderungen Euro %	
Alterspension	3.927	3.979	- 52	- 1,31
Berufsunfähigkeitspension	3.540	3.698	- 158	- 4,27
Witwen(r)pension	2.035	2.073	- 38	- 1,83
Waisenpension	445	615	- 170	- 27,64
Gesamt	3.427	3.477	- 50	- 1,44

Die **Veränderung der Deckungsrückstellung** enthält mit TEuro 55.330 (Vj. TEuro 48.872) die versicherungsmathematisch notwendigen Zuweisungen zur Deckungsrückstellung aufgrund gestiegener Verpflichtungen aus höheren Anwartschaften und Ansprüchen. Davon entfallen TEuro 58 (Vj. TEuro 70) auf die Deckungsrückstellung für fremde Kapitalanlagen.

Unter den **Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen** wird der Teil des Überschusses erfasst, der nicht der Verlustrücklage sondern der RfB zugeführt wird.

Unter **Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb** sind ausschließlich Aufwendungen aus der Kostenverteilung auf die Funktionsbereiche ausgewiesen, die mit TEuro 407 (Vj. TEuro 443) als Abschlussaufwendungen und mit TEuro 986 (Vj. 860) als Verwaltungsaufwendungen angefallen sind. Die Aufwendungen wurden mit einem auf Basis der Personalaufwendungen errechneten Prozentsatz aus den Verwaltungskosten ermittelt.

Die **Aufwendungen für Kapitalanlagen** haben sich von TEuro 11.127 um TEuro 1.485 auf 12.612 TEuro erhöht. Ursache hierfür sind hauptsächlich höhere Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen mit TEuro 1.817 (Vj. TEuro 586), die fast ausschließlich aus Rentenpapieren resultieren.

Die übrigen Aufwendungen für Kapitalanlagen (im Wesentlichen Abschreibungen auf Kapitalanlagen, Grundstücksaufwendungen und Aufwendungen aus der Kostenverteilung) haben hauptsächlich wegen höherer Abschreibungen mit TEuro 6.183 nach TEuro 5.830 ebenfalls zu der Zunahme beigetragen.

Die Aufwendungen für Kapitalanlagen gliedern sich in:

	2011 TEuro	2010 TEuro
Verwaltungsaufwendungen für Grundstücke	3.341	3.270
persönliche Aufwendungen	604	562
sonstige Büro- und Sachaufwendungen	363	560
Depotgebühren	92	81
Treuhänderkosten	16	15
Veränderung der Rückstellung für Grundstücksaufwand	10	10
Honorare	186	213
Diverse Kleinbeträge	0	0
	4.612	4.711
Abschreibungen auf Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	3.388	3.836
Kurswertberichtigungen auf Wertpapiere, Investmentanteile und Beteiligungen	2.795	1.994
	6.183	5.830
Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1.817	586

Die **Nicht realisierten Verluste aus Kapitalanlagen** enthalten mit TEuro 1 (Vj. TEuro 0) Kurswertveränderungen der in der Bilanz ausgewiesenen Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice.

Anhang

Als **Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen** werden mit TEuro 1 (Vj. TEuro 1) medizinische Gutachtenkosten ausgewiesen.

Unter den **Sonstigen Erträgen** von TEuro 220 (Vj. TEuro 53) sind hauptsächlich Zinsen auf laufende Bankguthaben (TEuro 11; Vj. TEuro 5), Erträge aus der Veräußerung von Betriebs- und Geschäftsausstattung (TEuro 1; Vj. TEuro 5), Auflösungen nicht versicherungstechnischer Rückstellungen (TEuro 2; Vj. TEuro 13), Erträge aus Dienstleistungen (TEuro 16; Vj. TEuro 16), Zahlungen auf ausgebuchte Forderungen (TEuro 42; Vj. TEuro 13), zwei Schadenersatzleistungen (TEuro 147; Vj. TEuro 0) sowie weitere kleinere Posten mit zusammen TEuro 1 (Vj. TEuro 1) ausgewiesen.

Die **Sonstigen Aufwendungen** von TEuro 1.111 (Vj. TEuro 7.091) haben sich gegenüber dem Vorjahr stark reduziert und betreffen Zinsen mit TEuro 67 (Vj. TEuro 51), Abschreibungen auf Forderungen mit TEuro 63 (Vj. TEuro 157) sowie mit TEuro 981 (Vj. TEuro 798) Personal- und Sachaufwendungen aus der Kostenverteilung, die den Funktionsbereichen nicht direkt zugeordnet werden konnten. Letztere wurden mit einem auf Basis der Personalaufwendungen errechneten Prozentsatz aus den Verwaltungskosten ermittelt.

Die **Sonstigen Steuern** enthalten im Wesentlichen Grundsteuer mit TEuro 220 (Vj. TEuro 216) sowie Kfz-Steuer.

Einstellungen in die Verlustrücklage gemäß VAG § 37 und § 16 der Satzung wurden in Höhe des Jahresüberschusses von TEuro 500 (Vj. TEuro 559) vorgenommen.

Anhang

Persönliche Aufwendungen Mitarbeiter Sonstiges

Die **Persönlichen Aufwendungen** wurden mit einem auf Basis der Personalaufwendungen errechneten Prozentsatz aus den Verwaltungskosten ermittelt und ergeben sich aus folgender Tabelle:

	2011 TEuro	2010 TEuro
1. Aufwendungen für die Regulierung von Versicherungsfällen, Rückkäufen und Rückgewährbeträgen	335	348
2. Aufwendungen für den Abschluss von Versicherungsverträgen	272	282
3. Aufwendungen für die Verwaltung von Versicherungsverträgen	607	630
4. Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen	628	652
5. Sonstige Aufwendungen	251	261
6. Persönliche Aufwendungen insgesamt	2.093	2.173
Zusammensetzung:		
a) Löhne und Gehälter	1.803	1.667
b) soziale Abgaben u. Ä.	212	207
c) Aufwand für Altersversorgung	78	299

Die **Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer** betrug im Berichtsjahr durchschnittlich 29 (Vj. 29), davon angestellt in Vollzeit 15 (Vj. 14) weibliche und 11 (Vj. 10) männliche Mitarbeiter und in Teilzeit 3 (Vj. 5) Mitarbeiterinnen.

Die PKDW ist mit 100 % an den Tochtergesellschaften PKDW-Verwaltungs GmbH und PKDW Grundstücks-GmbH & Co. KG beide mit Sitz in Duisburg beteiligt.

Das Eigenkapital der GmbH beträgt TEuro 32 (Vj. TEuro 32), das der KG TEuro 10.905 (Vj. TEuro 10.905) zuzüglich der jeweiligen Jahresüberschüsse in Höhe von TEuro 1 (Vj. TEuro 1) für die GmbH und von TEuro 457 (Vj. TEuro 547) für die KG.

Als **Honorar für Abschlussprüfungsleistungen** wurde im Geschäftsjahr ein Aufwand von TEuro 68 (Vj. TEuro 66) jeweils ohne MwSt. verbucht.

Organe

Die Namen der Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder sind auf Seite 4 aufgeführt. Kredite an Vorstandsmitglieder sind nicht vergeben. Für zwei ausgeschiedene Vorstandsmitglieder sind Pensionsrückstellungen von TEuro 513 (Vj. TEuro 512) gebildet. Die Pensionszahlungen hieraus betragen TEuro 51 (Vj. TEuro 51). Den Aufsichtsratsmitgliedern wurden im Jahre 2011 TEuro 33 (Vj. TEuro 34) an Aufwandsentschädigungen gezahlt. Die Bezüge der Vorstandsmitglieder betragen im Geschäftsjahr TEuro 416 (Vj. TEuro 396) an Gehältern und TEuro 18 (Vj. TEuro 19) an Sachbezügen.

Duisburg, 26. März 2012

Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft
vormals Pensionskasse der chem. Industrie Deutschlands

Der Vorstand
Bernd Walgenbach Andreas Fritz

Köln, 26. März 2012

Der verantwortliche Aktuar
Hartmut Engbroks

Gelsenkirchen, 27. März 2012

Der Treuhänder
Dr. Reiner Foer

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft (vormals Pensionskasse der chemischen Industrie Deutschlands) Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Duisburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Pensionskasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die

Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Pensionskasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft (vormals Pensionskasse der chemischen Industrie Deutschlands) Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Pen-

sionskasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, 10. April 2012

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Roland Hansen
Wirtschaftsprüfer

Wolfgang Fleischerowitz
Wirtschaftsprüfer



Pensionskasse
für die
Deutsche Wirtschaft

vormals Pensionskasse der chemischen
Industrie Deutschlands

Sie erreichen uns:

Postfach 10 10 54
47010 Duisburg

Am Burgacker 37
47051 Duisburg

Telefon (02 03) 9 92 19-0
Telefax (02 03) 9 92 19-38

E-Mail: info@pkdw.de
Internet: www.pkdw.de